

JUBILÄUMSBAND
150 JAHRE SPD HAGEN



Jubiläumsband 150 Jahre SPD Hagen

150 Jahre SPD Hagen:
Vom Arbeiterverein zur Volkspartei –
Eine Erfolgsgeschichte

Fotos mit freundlicher Genehmigung von:
Karl-Heinz Jung
Stadtarchiv Hagen
SPD-Unterbezirk Hagen

Text und wissenschaftliche Beratung: Rebecca Kurt M. A.

Impressum:
SPD-Unterbezirk Hagen
Elberfelder Straße 57
58095 Hagen
V.i.S.d.P.: Robin Baranski

Inhalt

7	Vorwort	Timo Schisanowski
9	Grußwort	Hannelore Kraft
11	Grußwort	Sigmar Gabriel
15	Vorbemerkungen	
17	1865–1914	Die Anfänge
26	1914–1933	Zwischen Revolution und 1. Weltkrieg
34	1933–1945	Verbot und Widerstand
41	1945–1964	Die Ära Steinhoff/Turck Oberbürgermeister Fritz Steinhoff Oberbürgermeister Helmut Turck
61	1964–1999	Blütezeit der SPD Hagen Oberbürgermeister Lothar Wrede Oberbürgermeister Rudolf Loskand Oberbürgermeister Dietmar Thieser
93	1999–2015	Jahre des Umbruchs und der Erneuerung



Vorwort von Timo Schisanowski, Parteivorsitzender SPD Hagen

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn die SPD Hagen in 2015 mit großem Stolz ihr 150-jähriges Parteijubiläum begeht, dann nimmt sie das auch zum feierlichen Anlass, um die Geschichte der Sozialdemokratie in Hagen allen Interessierten näher zu bringen. Mit dem vorliegenden Jubiläumsband ist das im besten Sinne gelungen. Dafür möchte ich allen Mitwirkenden und Unterstützern einen ganz großen Dank aussprechen.

Seit 1865 prägen die Werte »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« unsere gemeinsame Geschichte in Hagen und sind bis heute die Richtschnur unserer Politik. Damit ist die SPD Hagen die älteste demokratische Partei in unserer Stadt und zählt auch bundesweit zu den traditionsreichsten Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In dieser Zeit waren und sind es allen voran Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Verantwortung für Hagen wahrnehmen und das Schicksal unserer Stadt immer wieder maßgeblich mitgestalten. Das vorliegende Werk bringt dem Leser im historischen Kontext auch einige ausgewählte sozialdemokratische Persönlichkeiten näher, welche die Geschichte der SPD in Hagen nachhaltig prägen; allen voran den bis heute bedeutendsten Hagener Sozialdemokraten, Fritz Steinhoff.

Die SPD Hagen kann in ihrem 150-jährigen Jubiläumsjahr mit großem Stolz auf eine ebenso bewegte wie erfolgreiche Geschichte zurückblicken, in welcher sie sich vom Arbeiterverein weiterentwickelt hat hin zur modernen Volkspartei, die bis heute die mit weitem Abstand traditionsreichste, mitgliederstärkste und erfolgreichste Partei in unserer Stadt darstellt.

Hagen, im Oktober 2015

Glück Auf!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Timo Schisanowski'.



Grußwort von Hannelore Kraft, Landesvorsitzende NRWSPD

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

150 Jahre SPD Hagen sind ein wirklich guter Grund zum Feiern! Zu diesem Jubiläum gratuliere ich Euch ganz herzlich!

Seit der Gründungsversammlung der SPD Hagen ist viel geschehen. Aber eins ist geblieben: Damals wie heute setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit der Hauptpfeiler von Politik bleibt, gestützt auf unsere gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Johannes Rau sagte einmal: »Partei findet vor Ort statt«, denn das Engagement vor Ort macht die SPD aus. Der Ortsverein ist die Basis unserer Partei. Der Einsatz der vielen Tausend Mitglieder in den hunderten von Ortsvereinen prägt den Charakter der SPD: Wir sind eine Mitgliederpartei, eine Mitmachpartei.

Bei Euch in Hagen stehen die Türen immer offen, für alle die Fragen haben, die Sorgen haben oder die mit anpacken wollen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hagen haben sich stets dafür stark gemacht, dass die Stadt ein Ort ist, an dem alle eine Heimat finden. Egal woher sie kommen. Besonders in diesen Tagen, in denen Viele bei uns Hilfe und Unterstützung suchen, bin ich dafür sehr dankbar.

Macht weiter so!

Für die nächsten 150 Jahre wünsche ich der SPD Hagen und ihren Mitgliedern alles Gute.

Glück auf!

A handwritten signature in black ink that reads "Hannelore Kraft". The signature is written in a cursive, flowing style.



Grußwort von Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 150. Jubiläum der SPD Hagen übersende ich Euch aus dem Willy-Brandt-Haus meine herzlichen Glückwünsche.

Jubiläen wie dieses sind Anlass zum Rückblick: Die SPD ist die älteste demokratische Partei in Deutschland. Seit 150 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. In diesen Jahren war sie immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht von der Geschichte der Sozialdemokratie zu trennen. Die Mitglieder der SPD – Frauen und Männer – haben Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt. Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossinnen und Genossen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Auch heute gilt: Die SPD wird gebraucht. Die sozialdemokratische Idee erreicht die Menschen seit 1863. Die Idee der Freiheit von Not und Unterdrückung. Aber auch die Idee der Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können. Die Idee, dass man nicht gebunden ist an Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Die Idee von einem offenen und freien Lebensweg, den jeder Mensch ohne Hürden beschreiten kann. Wir wissen diese sozialdemokratische Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert.

Ich weiß, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken jeden Tag geleistet wird. Für diese mühsame, ausdauernde Arbeit danke ich Euch allen sehr herzlich. Sie ist ein großer Schatz für unsere Partei. Meine Bitte: Bringt Euch ein in die Arbeit der SPD. Für eine starke, selbstbewusste und erfolgreiche SPD brauchen wir Eure Ideen, Eure Erfahrungen und Eure Kraft. Helft mit, die

sozialdemokratische Idee jeden Tag mit Leben zu erfüllen und das Leben der Menschen besser zu machen.

2015 wird die SPD Hagen 150 Jahre alt. Feiert dies, und arbeitet unverdrossen weiter für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

Mit einem herzlichen Gruß

A handwritten signature in black ink on a light background. The signature consists of two parts: 'Vigore' on the left and 'f. Schul' on the right. The 'V' in 'Vigore' is large and loops down. The 'f.' is written in a cursive style, and 'Schul' follows in a similar cursive script.

Vorbemerkungen

Die nunmehr 150-jährige Historie der SPD in Hagen ist eng verknüpft mit der Hagener Stadtgeschichte einerseits und mit der »Großen Politik« andererseits. Die Sozialdemokratie wurde seitdem zweimal verboten, musste sich mehrfach neu erfinden und konnte doch jedes Mal aus Krisen gestärkt hervorgehen.

Waren die ersten 50 Jahre der SPD in Hagen wie andernorts auch davon bestimmt, sich lokal zu etablieren und dabei die Werte der sozialdemokratischen Idee - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - sowie dessen konkreten politischen Ziele in der Gesellschaft bekannt zu machen, so war das zweite Drittel bestimmt von Richtungsdebatten, Verboten und Kriegen. Nach den beiden Weltkriegen nutzte die Hagener SPD die Chance, auf Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das politische Geschehen in der Volme-stadt maßgeblich mitzugestalten. So hat sich die SPD seitdem zur mit weitem Abstand erfolgreichsten Partei vor Ort entwickelt. Die Partei stellte bis heute sieben sozialdemokratische Oberbürgermeister, neun Landtagsabgeordnete, fünf Bundestagsabgeordnete und eine Europaabgeordnete aus den eigenen Reihen. Darüber hinaus sind es unzählige kommunalpolitische Aktive, die sich seither für das Gemeinwohl der Stadt Hagen einsetzen.

Diskurse über den richtigen Weg zum gemeinsamen Ziel waren seit Zusammenschluss der »beiden Strömungen Lassalle / Bebel« im Jahre 1875 regelmäßig auf der Tagesordnung. Schließlich ist die SPD eine Partei, in welcher der politische Diskurs um Inhalte und Richtungsentscheidungen stets mit viel Leidenschaft geführt wird. Die SPD Hagen hat sich insbesondere auf kommunaler Ebene regelmäßig der Herausforderung stellen müssen, zwischen Ideologie und Pragmatismus abzuwägen für die beste Entscheidung zum Wohle von Hagen.

Die vorliegende Darstellung soll den historischen Werdegang aufzeigen, in welchem die Hagener SPD seit nunmehr 150 Jahren über ihre Anfänge als Arbeiterverein hinausgewachsen ist und sich hin zu einer modernen Volks-

partei weiterentwickelt hat, die insbesondere an den entscheidenden Wegmarken der Stadtgeschichte für Hagen immer Verantwortung an- und verlässlich wahrgenommen hat. Im Bewusstsein ihrer Traditionen und Werte ist die SPD Hagen heute eine moderne Volkspartei, die zu Recht auf sich und ihre Leistungen in den vergangenen 150 Jahren stolz sein kann. Dieser Stolz geht einher mit Dankbarkeit gegenüber den unzähligen Aktiven, die sich in dieser Zeit für die sozialdemokratische Idee engagiert haben.

Neben den Vorgängerwerken zur 120, 125 und 140-jährigen Geschichte der SPD in Hagen waren zahlreiche weitere Schriften und Quellen von Bedeutung. Eine Auswahl der wichtigsten Werke findet sich im Anhang. Die folgenden Seiten sind lediglich ein kurzer historischer Abriss über die vergangenen 150 Jahre der SPD in Hagen. Eine allumfassende Gesamtdarstellung würde sowohl den zeitlichen als auch den schriftlichen Rahmen dieses Jubiläumspannes überschreiten.

1865–1914 Die Anfänge

1863 gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den ADAV (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein). Vorausgegangen war eine anhaltende Diskussion über die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter im gesamten preußischen/deutschen Raum. Die Industrialisierung fand den Weg in die deutschen Herrschaftsgebiete des 19. Jahrhunderts im Vergleich zum restlichen Europa erst spät. Während England mit der patentierten Erfindung der Dampfmaschine 1769 Vorreiter war, kam die industrielle Revolution erst in den 1840ern im preußischen Raum an.¹ Umso erstaunlicher war deshalb die frühe politische Formierung der Arbeiter. Der ADAV wurde zu einem Wirbelwind, der durch die preußischen Herrschaftsgebiete zog. Im Raum Hagen-Schwelm-Märkischer Kreis kam es im Verlauf der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts immer wieder zu Aufständen der arbeitenden Klasse. Als Gruppierung in der preußischen Klassengesellschaft waren die Arbeiter sowohl gesellschaftlich als auch gesetzlich nicht in der preußischen Verfassung von 1848/1850 anerkannt und gleichgestellt. Daher war es kein Wunder, dass sich im Hagener Raum bereits zwei Jahre nach Gründung des ADAV ein Verein formierte. Mit Unterstützung von Elberfelder Mitgliedern des dortigen ADAV kam es am 29.01.1865 zu einer Versammlung der Arbeiter im Lokal von Carl Haarmann in Wehringhausen.² Auf dieser wurde beschlossen, dass man zwei Wochen später zu einer Gründungsversammlung zusammen kommen wolle.³ Am 12.02.1865⁴ wurde der Hagener ADAV mit prominenten Vorstandsmitgliedern wie Carl-Wilhelm Tölcke und Wilhelm

¹ Weiterführende Lektüre: Hans-Werner Hahn: Die industrielle Revolution in Deutschland. München 2005.

² Hagener Zeitung, 28.01.1865, Stadtarchiv Hagen.

³ Hagener Zeitung, 31.01.1865, Stadtarchiv Hagen.

⁴ Eine ausführliche Schilderung zur Gründung des ADAV in Hagen:

Willy Timm: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Anfänge der Sozialdemokratie in der Stadt Hagen. In: Hagener Hefte, Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen und der Grafschaft Mark, Heft 10, Hagen 1979.

Hasenclever gewählt. Diese sollten in den nachfolgenden Zeiten zu Führungspersönlichkeiten der jungen Arbeiterpartei werden. Erster Vorsitzender wurde Wilhelm Kruse.⁵ Der ADAV hatte im von Stahl- und Schwerindustrie geprägten Hagen großen Zulauf. Es waren vor allem hochqualifizierte Arbeiter, die sich dem ADAV anschlossen, war ihnen doch an einer politischen Lösung ihrer (Lebens-)Probleme gelegen. Die neuen Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren nicht nur ein Traum, den es zu verwirklichen galt, sondern damals wie heute eine gesellschaftspolitische Lebenseinstellung.

Der preußische Kanzler Fürst Bismarck sah in dem ADAV eine Gefahr für das neue deutsche Kaiserreich, das sich nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 gründete. Waren es doch vor allem die Arbeiter unter deren Vorsitzendem August Bebel, die dem neuen Nationalstaat und dessen Klassensystem kritisch gegenüberstanden. 1874 wurde der ADAV verboten. Die Anhänger schlossen sich mit der marxistisch-sozialistischen Vereinigung zusammen und gründeten daraufhin die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). In Hagen war die Gründungsversammlung am 06.06.1875.⁶ In dem Zusammenschluss zweier sozialistischer Vereinigungen, deren Anhängerschaft sich ebenso unterschied wie ihre Ausrichtung, sollte der Grundstein für zukünftige interne Auseinandersetzungen gelegt werden. Bereits drei Jahre später wurde die Partei von Bismarck im Zuge der Sozialistengesetze vom 21. Oktober 1878 wieder verboten. Damit durften keine Parteizusammenkünfte mehr stattfinden. Führende Köpfe der Arbeiterpartei wurden unter Arrest gestellt. Alle weiteren mussten mit Überwachung und Zensur rechnen.⁷

5 Arno Herzig: Wilhelm Hasenclever und die deutsche Sozialdemokratie. In: Ferdi Franke, Ludger Heid (Hrsg.): Wilhelm Hasenclever, Erlebtes. Erinnerungen, Arnsberg 1987, S. 15–18.

Arno Herzig: Die Sozialdemokratie im Westlichen Westfalen von ihren Anfängen bis 1893. In: Bernd Faulenbach, Stephan Goch (Hrsg.): Sozialdemokratie im Wandel. Der Bezirk Westliches Westfalen. 1893–2001, Essen 2001, S. 13f.

6 Jochen Becker: 140 Jahre SPD in Hagen - Höhen und Tiefen. In: Hagener Heimatbuch 2005. Beiträge zu Kultur und Literatur, Geschichte und Entwicklung aus Hagen und der Region Mark. Hagen 2004. S. 63.

7 Rainer Stöcker: »Noch bleibt uns der volle Tag zu ersiegen.« Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung Band I: 1848–1923, Essen 1984. S. 52–61. Hagener Zeitung, 22.10.1878, Stadtarchiv Hagen.

»Wie überall in Deutschland, waren die ersten Jahre dieses Gesetzes auch hier in Hagen die schlimmsten und erholte sich die Bewegung hier sehr schwer. ... Schriftstücke irgendwelcher Art wurden nicht aufbewahrt. ... Jeden zweiten Sonntag war Versammlung und wurde bei einem Mindestbesuch von 15–20 Personen auch abgehalten. Fast immer konnte ein kleinerer Vortrag entgegengenommen werden. Daß bei dieser Versammlung ein oder zwei Polizeibeamte zwecks Überwachung zugegen waren, versteht sich am Rande. ... Nachdem der Vorsitzende dieses (mangelnde Beschlussfähigkeit, Anmerk.d.V.) festgestellt hatte, entfernten sich schleunigst die Jünger der Hermandat und wir verfügten uns dann in die Wirtschaft, wo wir die anderen Genossen trafen, welche die offizielle Versammlung nicht besucht hatten. Fast immer waren neben leitenden Gewerkschaftskollegen einige leitende Mitglieder der Arbeitergesangsvereine »Einigkeit« und »Bruderkette« und des gemischten Chores »Hoffnung« zugegen.«⁸

Neben den im Text beschriebenen Gesangsvereinen wurden im Laufe der Sozialistengesetze weitere parteinahe Vereine gegründet, so auch die Naturfreunde und vor allem die Arbeitersportvereine. Feste dieser Vereine wurden mit sozialistischen Reden an die Arbeiterschaft verbunden, niedrige Mitgliedsbeiträge und organisierte Fahrten oder Veranstaltungen sicherten konstanten Zulauf. Politik wurde in diesen Jahren entweder wie oben beschrieben am Tresen oder im Hinterzimmer der Wirtschaft betrieben oder in der Küche eines Privathaushaltes gemacht. Dadurch spielten die Frauen der Genossen eine zunehmend größere Rolle. Sie übernahmen die Organisation der Treffen oder verhandelten mit der Polizei, wenn diese unangemeldet auftauchte. Der Zulauf war in den Jahren der Sozialistengesetze ungebrochen und stärkte die Basis der Partei mehr, als dass sie zerschlagen werden konnte.⁹

Nach dem Tod des alten Kaiser Wilhelm 1890 wurde Bismarck abgesetzt. Bereits in den Jahren zuvor waren die Sozialdemokraten auf dem Vormarsch. Sie beschäftigten sich zunehmend mit der wirtschaftlichen Situation der Arbeiter. Nach dem Fall der Sozialistengesetze kam es zu einer Neuordnung der

8 Diese besonders anschauliche Schrift beschreibt die Umstände der Hagener Genossen während und nach den Sozialistengesetzen. Das Parteileben der SPD in Hagen vor der Jahrhundertwende. Aus den Erinnerungen eines alten Parteigenossen. Fest- und Jubiläumsnummer der Volksstimme 1931.

9 140 Jahre SPD in Hagen, S. 63.

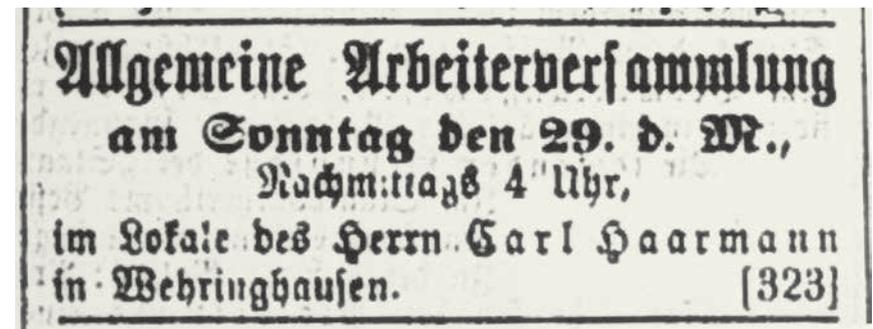
Partei, die sich ab sofort SPD nannte. In Erfurt wurde 1891 ein neues auf marxistischen Werten beruhendes Parteiprogramm verabschiedet, das darauf ausgerichtet war, die politische Macht im Staat zu erlangen, um »den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit« zu garantieren.¹⁰ Die Gründungsversammlung der neuen Hagener SPD fand im Eilper Lokal »Steinhauer« am 01.10.1892 statt. Erster Vorsitzender der neuen Hagener Partei wurde Ernst Breil. Am 30. Juli 1893 wurde in Hagen auch der neue SPD-Bereich »Westliches Westfalen« gegründet. Die 48 Delegierten bemängelten im Verlauf des Parteitagess insbesondere, dass die »Organisation nicht so gestellt ist, daß die nötige Aktionsfähigkeit da ist.« Mehrfach »wurde der Mangel einer geeigneten Organisation hervorgehoben und teils die Schuld an dem Fehlen einer geregelten Organisation ... zugeschrieben.«¹¹ Daher sollten in Zukunft neue Strukturen den direkteren Kontakt zur Arbeiterschaft sichern. Verschiedene Unterbezirke gründeten Ortsvereine. Im Unterbezirk Hagen-Schwelm waren dies unter anderem die Ortsvereine Haspe, Eilpe-Dahl und Hohenlimburg. Darüber hinaus wurde die eigene Zeitung »Die Freie Presse« (später: Volksstimme) als Organ zur Agitation gegründet. Ernst Breil trat bei den Reichstagswahlen am 24.06.1893 gegen den Liberalen Eugen Richter an, musste aber aufgrund des herrschenden Klassenwahlrechtes eine Niederlage in Kauf nehmen.¹² In den kommenden Jahren erzielte die SPD in Hagen weiteren Stimmenzuwachs, so dass 1912 mit Max König der erste Hagener SPD-Abgeordnete in den Reichstag einziehen konnte. Dieser schlug den Liberalen Willi Cuno allerdings mit einem politischen Winkelzug, indem die Hagener Partei mit den Liberalen auf Reichesebene getroffene Absprachen ignorierte. Sie stellte nämlich mit Max König einen eigenen Kandidaten auf, mit dem sie dann zum ersten Mal gewann.¹³

10 Günther Högl: Die Sozialdemokratie im Bezirk Westliches Westfalen von 1893–1918. In: Sozialdemokratie im Wandel, S. 38.

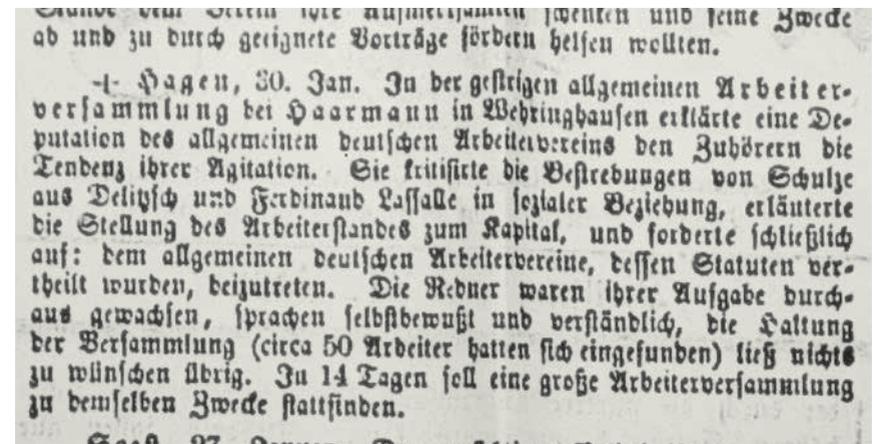
11 Aus: Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Bericht über den Gründungsparteitag Westliches Westfalen am 30. Juli 1893 in Hagen. Faksimiledruck in: Sozialdemokratie im Wandel, S. 58.

12 125 Jahre SPD Hagen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Hagen 1990, S. 39f.

13 Dr. Hanno Lambers: Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917–1924 in Hagen und Haspe. Hagen 1963, S. 7ff.



Aufruf zur ersten Arbeiterversammlung am 29.1.1865 im Lokal Carl Haarmann in Wehringhausen. (Hagener Zeitung 28.1.1865, Stadtarchiv Hagen)



Bericht vom 30.1.1865 der ersten Arbeiterversammlung. (Hagener Zeitung 31.1.1865, Stadtarchiv Hagen)



Café Steinhauer: Am 01.10.1892 fand hier die Gründungsversammlung der neuen Hager SPD statt.



SPD-Plakat zur Maifeier 1910 im Wahlkreis Hagen-Schwelm



Hagener Arbeiterfrauen um 1910



Mitglieder der SPD Hagen zur Maifeier 1910. (Stadtarchiv Hagen)



(links) Max König. Erster Hagener Reichstagsabgeordneter der SPD ab 1912.

(Stadtarchiv Hagen)

(rechts) Ernst Behr errang 1889 das erste kommunale Mandat der Hagener SPD in der Gemeinde Delstern und war Mitbegründer der Hagener Parteizeitung »Volksstimme«.

(Stadtarchiv Hagen)

1914–1933 Zwischen Revolution und 1. Weltkrieg

Im Zuge der Militarisierung der europäischen Mächte im Verlauf der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts, allen voran des deutschen Kaiserreiches, wurde der Ruf nach Frieden innerhalb der SPD immer lauter. Wohlstand und Gleichberechtigung der Bevölkerung seien nicht durch militärische Handlungen zu erreichen.¹⁴ So stand die Hagener Parteibasis zu Beginn des 1. Weltkrieges 1914 nicht hinter der Kriegsentscheidung der Reichstagsfraktion und ihres Abgeordneten Max König. Die Fraktion hatte, auf einen Blitzkrieg vertrauend, Kriegsanleihen zugestimmt. Im Nachgang zu dieser Entscheidung kam es in der SPD zunehmend zu öffentlich ausgetragenen Diskussionen zwischen den beiden Parteiflügeln. Im Verlauf des Jahres 1916 gewannen die Friedensaktivisten auch in Hagen zunehmend an Einfluss. »... *Da die Spaltung der Partei leider zur vollendeten Tatsache geworden ist, erklärt sich die Konferenz mit den außerhalb der Partei gestellten Genossen und Organisationen solidarisch; sie beschließt, jede Verbindung mit dem Parteivorstand abubrechen, um den offiziellen Anschluß an die Opposition zu vollziehen und die Reichskonferenz zum Zusammenschluss der Opposition zu beschicken...*«¹⁵ Am 06.04.1917 spaltete sich der linke Parteiflügel reichsweit ab und nannte sich fortan USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei). Der Unterbezirk Hagen-Schwelm trat fast geschlossen zur USPD über und konnte als solcher bei den nachfolgenden Stadtratswahlen 19 und in Haspe 23 Sitze gewinnen.¹⁶ Ein solcher Erfolg sollte für die USPD in der restlichen Region nur bedingt möglich sein. Die USPD wurde im Laufe der kommenden Jahre außerhalb von Hagen sehr schnell zu einer Splitterpartei. In Hagen hingegen wurde sogar der Bezirkssitz der USPD eingerichtet, da sie dort entgegen dem

¹⁴ Rainer Stöcker: Hagener Arbeiterbewegung 1848–1923, S. 99f.

¹⁵ Auszug aus einer Resolution des UB Hagen-Schwelm vom 11.03.1917.

¹⁶ Uwe Geitz, Uwe Schledorn: Der Freiheit eine Gasse. Kleine Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung. Zum 120jährigen Jubiläum der sozialdemokratischen Partei in Hagen. Hagen 1985, S. 42–46.

Trend konstant zwischen 20 und 25% der Wählerstimmen einfahren konnte. Prominente Vorsitzende und Abgeordnete wie Konrad Ludwig oder Josef Ernst schienen den Erfolg für die Hagener USPD zu sichern.

Am 09.11.1918 kam es in Berlin zu Demonstrationen gegen den Krieg, die kaiserliche Monarchie und die Regierung. Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Deutschland rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus. Zwei Stunden später rief Karl Liebknecht die sozialistische Republik aus. Kaiser Wilhelm II. wurde gezwungen abzudanken, und in Weimar sollte eine neue Nationalverfassung erarbeitet werden und mit den Alliierten wurde der Waffenstillstand aufgenommen. Der Versailler Vertrag brachte Europa das Ende des Ersten Weltkrieges. Die neue demokratische Regierung der Weimarer Republik wurde zu enormen Reparationszahlungen und zur Anerkennung der Kriegsschuld bewegt. Das industrielle Herz der neuen Republik, das Rheinland und die Saar, wurden von den Alliierten besetzt. Dies zog nicht nur einen wirtschaftlichen Niedergang der Regionen nach sich, sondern wurde von der Bevölkerung als demütigend empfunden. Hunger und Armut waren die Folge. Wichtigste Aufgaben von Verwaltung und Politik waren die Sicherung des alltäglichen Lebens. Die Inflation in der gesamten Republik schürte das Ganze zusätzlich.

Der 1920 von Konterrevolutionären der rechten Szene angezettelte Kapp-Putsch gegen die Regierung des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, mobilisierte die Sozialdemokratie und deren Anhänger zu einer beeindruckenden Gegenwehr. 21 Millionen Menschen beteiligten sich an einem daraufhin von der SPD ausgerufenen Generalstreik. In Hagen wurde die Stadtverwaltung, wie auch in anderen Großstädten der Region, von bewaffneten Arbeiter- und Soldatenräten der KPD und USPD übernommen. Diese wurden jedoch von den sozialdemokratischen Parteien der betroffenen Städte nur als Übergangslösung anerkannt, weshalb sie schon bald wieder bedeutungslos waren. Der Kapp-Putsch wurde mit Waffengewalt niedergeschlagen. Im Laufe der nächsten Jahre kam es immer wieder zu weiteren Streiks, Aufständen und Putschversuchen.¹⁷ Den Op-

¹⁷ Siehe unter anderem: Ralf Blank, Stephanie Marra, Gerhard E. Sollbach: Hagen. Geschichte einer Großstadt und ihrer Region. Hagen 2008, S. 394ff.

fern des Kapp-Putsches wurde am 25.09.1921 mit der Errichtung eines Denkmals am Rembergfriedhof gedacht.¹⁸ Folge der verwickelten Verhältnisse war, dass alltägliche Parteiarbeit kaum mehr möglich war. Vor allem mit Hilfe der Frauenverbände konnte es sowohl der Hagener SPD als auch der USPD gelingen, ihre Parteistrukturen wiederherzustellen. Eine der führenden Hagener (U)SPD-Frauen war Rosi Wolfstein. Aus Schwelm stammend und in Haspe arbeitend wurde sie eine enge Vertraute von Rosa Luxemburg. Sie war die erste Vorsitzende der Hagener Frauengruppe, durfte an der neu eingerichteten Parteischule lernen und sollte in den 20er Jahren die Hagener Partei mitgestalten. Sie starb erst 1987 im Alter von 99 Jahren.¹⁹

Nach der Währungsreform und der relativen Wiederherstellung der demokratischen Ordnung um 1923 zerfiel die USPD in verschiedene Splittergruppen. Ihre Anhänger schlossen sich entweder der Mutterpartei oder der kommunistischen KPD an. In Folge der insgesamt unruhigen Jahre mit vielfältigen internen Auseinandersetzungen kam die SPD bei den Stadtratswahlen 1924 daher nur auf 5,5% der Stimmen.²⁰ Bereits fünf Jahre später, 1929, erreichte sie 23,2% und wurde damit stärkste Fraktion im Hagener Rathaus. Diese Erfolge konnte die SPD allerdings unter anderem wegen der Eingemeindung der Arbeiterhochburgen Haspe und Eilpe erzielen. Dr. Gerhard Weißer wurde Fraktionsvorsitzender und zweiter Bürgermeister von Hagen, Walter Freitag UB-Vorsitzender und Fritz Steinhoff 2. Sekretär der Hagener Partei. Das Dreigestirn verkörperte Ende der 20er Jahre in Hagen einen Generationswechsel in der SPD. Sie sollten die kommenden Jahre maßgeblich gestalten und zu standhaften Charakteren der Hagener Genossen während der Nazizeit werden.

¹⁸ Sie starben, damit wir leben. Der Kapp-Putsch 1920 und das Märzgefallenen Denkmal in Hagen. Hagen 1997.

¹⁹ Ester Dischereit: Rosi Frölich. Ein Leben für den Sozialismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Februar 1988, S. 157–162.

²⁰ 125 Jahre SPD Hagen, S. 45.



Josef Ernst. Vorsitzender des UB (U)SPD Hagen 1916–1922. (Stadtarchiv Hagen)



Wahlkampfwagen für Konrad Ludwig in den 1920ern. (Stadtarchiv Hagen)



Wahlkampfwagen der SPD Hagen 1928 mit Fritz Steinhoff (2.v.rechts), damals Parteisekretär des SPD-Unterbezirks Hagen-Schwelm.



Ortsgruppe der SPD Hagen 1926 mit dem Motto »Sie sind noch da!!!«.



SPD-Wahlkampfplakat in den 1930ern.

Arbeiter- sportler, entscheidet!



Auf Forderung der Schwerindustrie, Junker, Barone und Nationalsozialisten wird am 31. Juli der Reichstag neu gewählt.

Sie haben das Kabinett Brüning gestürzt, weil es beabsichtigte, die vom Reich wiederholt finanziell unterstützten, aber aus den Schulden nicht herauskommenden Rittergüter im Osten aufzukaufen und als Siedlerstätten aufzuteilen.

Sie haben das Kabinett Brüning gestürzt, weil es das Verbot der nationalsozialistischen SA- und SS-Schlägertruppen durchdrückte und die Forderungen der Reaktionäre nach Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front ablehnte.

Sie wollen Schluß machen mit dem „System“

und meinen damit: Schluß mit der Demokratie, Abbau der sozialen Unterstützungen für die Erwerbslosen und Rentenempfänger, neue Steuern für das Volk, Aufhebung des SA.-Verbotes und Zustände wie im Vorkriegsdeutschland.

Die Regierung der Schlot- und Krautbarone unter Leitung des Herrn von Papen hat das bestätigt durch folgenden Vorwurf an ihre Vorgänger: „Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht, und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“

Sport- und Spielplätze sind Luxus, sagen die Nationalsozialisten.

Bei der Beratung des Etats der Stadt Breslau am 23. Mai 1932 verlangte der Sprecher der Nazistadtverordnetenfraktion, Kurzer, daß das Stadtm für Leibesübungen aufgelöst wird. Es sei geradezu unerhört, daß neben den luxuriösen Spiel- und Sportplätzen auch noch so eine überflüssige Verwaltung existiert.

SPD-Wahlkampfplakat zur Reichstagswahl am 31.07.1932.

1933–1945 Verbot und Widerstand

Bedingt durch den Börsencrash am Schwarzen Freitag, dem 25.10.1929, und der sich anschließenden Weltwirtschaftskrise kam es in Deutschland zu Massenentlassungen in den Betrieben. Die SPD als Regierungspartei konnte die Wut und den Frust der Menschen nicht mehr auffangen. Weite Teile der Bevölkerung wendeten sich dem vermeintlichen Heilsbringer Adolf Hitler zu. Mit einfachen Parolen fing er weite Teile der Bevölkerung ein. Gezielte Stimmungsmache gegen das »rote Gesocks« wurde schon früh zur Tagesordnung. Bereits 1922 gründete sich die NSDAP in Hagen. 1929 traten Mitglieder der Ortsgruppe erstmals bei Kommunalwahlen an. Joseph Goebbels hielt sich aufgrund privater Verwicklungen häufig in Hagen auf. Auch Hitler machte auf seinen Reisen durch das Land mehrfach Halt in der Stadt.²¹

Die rechtsradikalen Entwicklungen veranlassten Fritz Steinhoff bereits 1931 zu einem Aufsatz über »Führer und Masse« im Jubiläumsband der Volksstimme. Er kritisierte das (fehlende) Verantwortungsgefühl, das der selbsternannte Führer an den Tag legte. »... Die vertrauenerweckende Tätigkeit seiner Führerschaft verpflichtet ihn nicht nur, ausführendes Organ, sondern auch wegweisender Kämpfer zu sein. Auf die Gefahr hin, dass das Vertrauensverhältnis in schwierigen Zeiten einer Belastungsprobe ausgesetzt wird, muss er diese wegweisende Aufgabe erfüllen. Gerade in Zeiten, in denen die Schwierigkeiten groß sind, die Sachlage kompliziert und für den außerhalb stehenden undurchsichtig sind, trägt der Führer die ganze Schwere der Verantwortung ... In solchen Zeiten wird sich zeigen, ob er das Format eines wirklichen Führers besitzt. Der Anhängerschaft ist nicht damit gedient, wenn aus falschen Gesichtspunkten heraus eine falsche Politik, gemacht wird ... Nicht im Luftleeren Raum, nicht im Bereich der Theorien oder gar Illusionen spielt sich die Politik ab, sondern auf dem harten Boden des realen und nüchternen Lebens... In dem Maße, in dem der Führer die Erfordernisse des nüchternen Lebens erfüllt und die Erfüllung gleichzeitig in Verbindung zu bringen vermag mit dem hinreißenden Schwung eines zukunftsweisenden Ideals, wird sich

²¹ Siehe auch: Ralf Blank: Hagen. Geschichte einer Großstadt, S. 398–402.

die notwendige Vertrauensbasis finden ...«²² Die harte Realität des Lebens, so Steinhoffs Essenz, sei das Entscheidende in der Politik. Werte und Ideale seien nichts, wenn man sie nicht in der Realität umsetzen könne. Gerade in schwierigen Zeiten sei es wichtig, dass der politisch Führende den Überblick behalte und nicht an der Realität vorbei agiere. Hier zeige sich, wer ein wirklicher Souverän sei und wer nur seine Macht ausnutze. Von oben herab zu agieren, ohne den Willen der »Masse«, sei keine verantwortungsvolle Politik. Steinhoff spricht Hitler die Fähigkeit ab im Sinne des Volkes zu handeln und verantwortungsvolle Politik zu betreiben. Nicht die Bedürfnisse der Menschen würden von Hitler als Maßstab seiner Politik betrachtet, sondern die eigenen Wünsche würden den Menschen aufoktroziert. Damit stellt Steinhoff bereits 1931 klar, dass der Führer nicht im Sinne der demokratischen Weimarer Republik handelt und warnt davor einem solchen Politiker Vertrauen zu schenken.

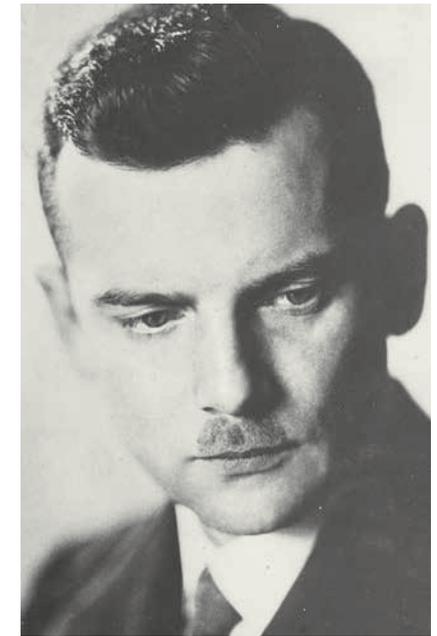
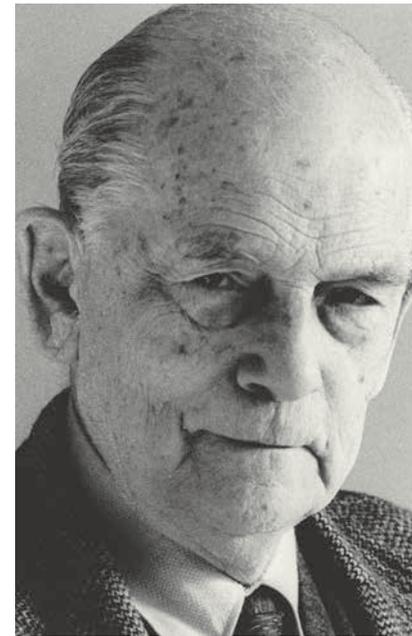
Ende 1932 wurde Walter Freitag zum UB-Vorsitzenden gewählt. Ein Amt, das er nur wenige Monate inne haben sollte. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 wurden auch in Hagen schnell Spitzenpositionen, wie die des Hagerer Polizeichefs, durch Mitglieder der NSDAP ausgetauscht. Bereits im März 1933 verloren heimische Funktionäre ihre Ämter. Am 01.04.1933 wurden die Delegierten einer SPD-Konferenz verhaftet. Sie sollen einen Aufstand gegen den Führer geplant haben. Am 10.05.1933 wurde das Parteibüro durchsucht, die Konten gepfändet und auch das weitere Parteivermögen der Hagerer SPD beschlagnahmt. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD in ganz Deutschland verboten. »... Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden ... Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei sowie ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen werden nicht mehr erlaubt werden. Ebenso dürfen sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden ...«²³ Steinhoff und Freitag wurden als eine der Ersten verhaftet. Als führende SPD-Politiker mussten sie nach ihrer Freilassung 1933 mit Überwachung rechnen, versuchten aber weiterhin Widerstand im Untergrund zu leisten. Der belieb-

²² Fritz Steinhoff: Führer und Masse. In: Fest – und Jubiläumsnummer der Volksstimme 1931. Archiv SPD Hagen.

²³ Hagerer Zeitung, 23.06.1933, Hagerer Stadtarchiv.

te SPD-Bürgermeister Dr. Weißer wurde zum Rücktritt von seinem Amt gezwungen nachdem er sich standhaft geweigert hatte der NSDAP beizutreten. Steinhoff wurde im Verlauf der kommenden Jahre mehrere Male verhaftet, so auch 1938 zusammen mit anderen Genossen wegen des Verteilens des verbotenen »Vorwärts«. Ihnen wurde ein aufwändiger Hochverratsprozess gemacht. Steinhoff wurden die bürgerlichen Rechte aberkannt und als Folge trauten sich viele Genossen nicht mehr mit ihm in Kontakt zu treten. Steinhoff zog fort nach Schwelm, auch Freitag und Dr. Weißer zogen aus Hagen fort. In der Anonymität eines anderen Wohnortes wollten alle drei Spitzengenossen einen »ungefährlichen« Beruf nachgehen. Nach dem Attentat auf Hitler am 20.07.1944 wurde Fritz Steinhoff erneut verhaftet und kam ohne Prozess ins KZ Sachsenhausen, wo er das Kriegsende überleben konnte. Neben Steinhoff wurden weitere 367 Hagener als politisch gefährlich eingestuft, verhaftet und unter Beobachtung gestellt. Einige davon starben während der Haft, andere verschwanden. Viele Weggefährten Steinhoffs aus den 20er Jahren sollten das Kriegsende nicht erleben. Insgesamt sollten 8.000 Hagener in Folge des Zweiten Weltkrieges sterben.²⁴

²⁴ Siehe ausführlich bei: SPD Hagen (Hrsg.): 50 Jahre danach – Verbot der SPD 1933. Berichte, Dokumente, Zeugenaussagen. Hagen 1983.



Dr. Gerhard Weißer (SPD). Von den Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt des (z.) Bürgermeisters gedrängt.



SPD-Wahlplakat zu den Reichstagswahlen am 05.03.1933



1. Mai 1933. Machtdemonstration der Nazis zum Tag der Arbeit auf der Springe; links mit Blick auf die alte Stadthalle, rechts mit Blick in Richtung Innenstadt.



Reichstagswahl 1933 in Hagen. (Foto Lehmacher, Archiv SPD Hagen)

es die »Alten Hasen« aus Weimarer Zeiten, die bereits über Erfahrung in der Parteiorganisation verfügten, die den Ton angaben. Man wollte sich nunmehr auch anderen Bevölkerungsschichten als den Arbeitern öffnen. Auf der ersten Unterbezirkskonferenz im September 1945 stellte Heinrich Treichel fest, dass man nicht nur Mitglieder und Wähler aus der Arbeiterschaft gewinnen müsse, sondern auch von außerhalb. Insbesondere der Nachwuchs müsse gewonnen werden. Ein Instrument zur Öffnung der Partei sollte die 1946 gegründete Tageszeitung, die »Westfälische Rundschau«, sein.²⁶ Hier finden sich die ersten Tendenzen einer Strukturierung nach modernen Parteimaßstäben und einer Abkehr vom reinen Arbeiterverein.

Oberbürgermeister Fritz Steinhoff

Neben der Neuorganisation der Partei konzentrierten sich die Hagener Genossen darauf, die Stadt wieder aufzubauen. Ab 1946 stand an dessen Spitze der zurückgekehrte Fritz Steinhoff. Alte inhaltliche Auseinandersetzungen um Richtungen sollten aufgrund gemeinsamer Erfahrungen und dem Wunsch, die Heimat neu aufzubauen, in den Hintergrund treten. Uneinigkeit hatte in der Vergangenheit schwach und die Demokratie angreifbar gemacht. Dies, so der Wunsch aller Überlebender, sollte zukünftig vermieden werden. Daher war die Devise jener Tage, über Parteigrenzen hinweg zum Wohle der Stadt zusammen zu arbeiten. Steinhoffs Name stand in Hagen für den personifizierten Widerstand gegen die Nazis. Zeitgenossen beschrieben ihn als »klein, quirlig, immer mit neuen Ideen und alter Erfahrung ausgestattet ... Fritz Steinhoff war der Praxisbezogene; ... Dynamik, Fleiß Praxisbezogenheit und ein todsicheres Gespür... für das, was jetzt mit Sicherheit auf uns zukommt und welche Mittel man einsetzen muss um dieses so zu beeinflussen oder dieses so zu verändern.«²⁷ Als integrierter Charakter und gewinnender Redner und Praktiker war er nicht nur ein Mann,

²⁶ Siehe: Karl Lauschke, Udo Vorholt: Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen in den ersten Nachkriegsjahren. In: Bernd Faulenbach: Sozialdemokratie im Wandel, S. 162ff.

Wolfgang Jäger: Traditionen der Sozialdemokratie im Hagener Raum und die Wiedegründung der SPD nach 1945. In: Neuer Aufbruch zu alten Ufern? Über die Wiedegründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bezirk Westliches Westfalen nach 1945. Dortmund 1992, S. 28–31.

der den Charakter der »neuen« SPD verkörperte. So erwarb er für sich und die SPD Vertrauen in der Bevölkerung. Daher wurde er 1946 nach Neugründung der Stadtverwaltung zunächst von den Besatzern als Oberbürgermeister eingesetzt. Als die neu gegründete CDU im Herbst 1946 nach der Kommunalwahl die stärkste Fraktion im Hagener Stadtrat bilden konnte, schlug diese dennoch Steinhoff als Oberbürgermeister vor. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Damit blieb Steinhoff Repräsentant der Stadt Hagen. An der Spitze der Hagener Stadtverwaltung sollte als Oberstadtdirektor Ewald Sasse sitzen. Beide sollten in den kommenden Jahren die Stadt in enger Zusammenarbeit neu aufbauen. Wohnungs- und Straßenbau, aber auch Lebensmittelbeschaffung und anderes zur Sicherung der Daseinsvorsorge standen im Vordergrund der täglichen Arbeit. Die seit 1919 bestehende Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft HGW sollte dabei ein wichtiges Instrument sein, auf das Steinhoff zurückgreifen konnte. Gleichzeitig war Steinhoff seit 1947 Mitglied des Landtages NRW und seit 1949 Wiederaufbauminister. Auch im neugegründeten SPD-Bezirk des Westlichen Westfalen spielte er über die kommenden Jahre hinweg eine große Rolle. Nachdem er in den Jahren bis 1954 Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag geworden war, wurde er zur Neuwahl des Landtages 1954 Spitzenkandidat. Die SPD verlor knapp gegen die CDU. 1956 wurde Ministerpräsident Karl Arnold per Misstrauensvotum abgewählt. Fritz Steinhoff wurde zu seinem Nachfolger gewählt und war dadurch gezwungen, sein Amt als Oberbürgermeister von Hagen niederzulegen. Neuer Hagener Oberbürgermeister wurde Helmut Turck.

Nachdem die CDU bei den Wahlen 1958 die absolute Mehrheit in NRW erringen konnte, musste Steinhoff sich mit der Opposition zufrieden geben und ließ sich 1961 von der Hagener SPD für den Bundestag aufstellen. Die Wahlen konnte er mit deutlichem Vorsprung für sich entscheiden und die SPD verteidigt bis heute das Mandat. Das Mandat behielt Steinhoff bis zu seinem Tod 1969.²⁸

²⁷ Aus einem Interview mit Minister Werner Figgen von Friedrich Keinemann. Aus: Friedrich Keinemann: Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Umriss einer politischen Biographie und ein Interview mit Minister Werner Figgen. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Hagen 1975, S. 43.

Steinhoff wurde mehrfach geehrt. 1968 bekam er die Ehrenbürgerwürde der Stadt Hagen für seine hohen Verdienste im Dienste der Stadt. 1975 wurde die erste Hagener Gesamtschule nach ihm benannt und 1989 sein Denkmal vor dem Hagener Rathaus enthüllt. Mit offener Hand, als würde er seinen Besuchern die Hand schütteln, hat der Künstler seine offene und vertrauenserweckende Persönlichkeit eingefangen. Die Pose eines Staatsmannes, zu dem er in den 50er Jahren geworden war.

Oberbürgermeister Helmut Turck

Steinhoffs Nachfolger Helmut Turck war Gewerkschafter und stark im Sport eingebunden. Man beschrieb ihn in gewisser Weise als Einzelgänger, der schwer zu beeinflussen war. »*Was mir gesagt wird, ist nicht immer verbindlich. Da mache ich mir meine eigenen Gedanken und komme dann zu einer Entscheidung.*«²⁹ 1945 trat er in die SPD ein und wurde 1952 erstmals in den Hagener Stadtrat gewählt. 1956 wurde er mit 45 von 47 Stimmen zum neuen Hagener Oberbürgermeister gewählt. Im Gegensatz zu Steinhoff konzentrierte sich Helmut Turck ganz auf sein Amt als Oberbürgermeister sowie die Kommunalpolitik und stand für keine weiteren Ämter in der Partei zur Verfügung. Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Schaffung von weiterem Wohnraum, Schulneubauten, der Ausbau der Gesundheitsfürsorge und die Schaffung von Naherholungsgebieten. Außerdem sollten unter seiner Führung die Pläne für das neue Rathaus entstehen. Als Metaller verkörperte er während des Wirtschaftswunders die aufstrebende Stadt in Persona. Hagen war zu einem starken Wirtschaftsstandort geworden. Nicht nur die Hasper Hütte, sondern auch zahlreiche andere Hochöfen verkörperten den Reichtum der Stadt. Die komplizierte Stahlkonstruktion des neu zu bauenden Rathauses passte genauso zum Selbstverständnis der Stadt wie der gelbe Smog und der wachsende Stolz der Arbeiter auf

28 Siehe auch: Friedrich Keinemann: Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Umriss einer politischen Biographie und ein Interview mit Minister Werner Figgen. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Hagen 1975.

29 Aus: Jochen Becker: Helmut Turck. 1956–1963. In: Liselotte Funcke: 265 Jahre Bürgermeister der Stadt Hagen. Hagen 2011, S. 55f.

ihr Hagen. 1963, nach sieben Jahren als Oberbürgermeister, wechselte Turck, wenn auch ungerne, in den Vorstand der Hagener Stadtwerke und Steinhoff übernahm bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Herbst 1964 noch einmal das Amt des Oberbürgermeisters.³⁰

Auf kommunaler Ebene gelangte die Hagener SPD zu einer pragmatischen Haltung und betrieb energisch den Wiederaufbau der Stadt. Ideologie spielte in diesen Jahren kaum eine Rolle. Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre brachte Hagen neuen Reichtum, von dem auch die SPD und der Oberbürgermeister profitierten. Die Zahl der Mitglieder wuchs bis 1950 auf circa 3.000 an und blieb in den kommenden Jahren konstant. Die Mehrheit der Mitglieder stammte nach wie vor aus einfachen Verhältnissen und die Tagespolitik wurde ausschließlich von älteren Männern dominiert. Dies sollte sich erst im Zuge der 68er ändern. Man beschäftigte sich nun nicht mehr nur mit der Frage der Arbeiterschaft, sondern auch mit Stadt- und Verkehrsentwicklung. Ebenso standen Finanz- und Wirtschaftsfragen auf der Tagesordnung der Hagener Genossen. Die Unterbezirksvorsitzenden jener Jahre, Emil Korte, Fritz Vorwerk und Karl Sporbeck, waren zwar allesamt Mitglieder des Rates der Stadt Hagen, erschienen aber sonst kaum in der Öffentlichkeit. Tonangebend war das Zugpferd Fritz Steinhoff. Vom Wirtschaftswunder profitierend legte sich der Unterbezirk 1952 die Immobilie in der Elberfelder Straße 57 zu. Von dort aus wurden in jenen Jahren die Geschicke des Unterbezirks Hagen-Ennepe-Ruhr organisiert. Auch wurde hier 1956 von den SPD- und FDP-Fraktionsspitzen des Landtages NRW der Beschluss über die Wahl Steinhoffs zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gefasst: »*Zum Jahreswechsel 1955/56 haben in diesem Hause die entscheidenden Gespräche der Führungsspitzen der SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Im Mittelpunkt standen die Bedingungen, die für einen Regierungswechsel in unserem Land notwendig waren. Über die Grundsätze wurde eine schnelle Einigung erzielt. Am 9. Februar 1956 fanden die abschließenden Gespräche statt. Bereits am 20. Februar 1956 wurde die CDU/FDP Regierungskoalition des Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) im Düsseldorfer Landtag abgesetzt und der Hagener Oberbürgermeister Fritz Steinhoff (SPD) zum neuen Ministerpräsidenten*

30 Siehe auch: Jochen Becker: Helmut Turck - eigenwillig und loyal. In: Jochen Becker, Horst Kniese (Hrsg.): Erste Bürger. Hagen 1996, S. 25–28.

ten gewählt. Sein Hagener Amtskollege Willy Weyer (FDP) wurde stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister. Damit war der Weg frei für weitere sozial-liberale Koalitionen in Deutschland.«³¹

Erich Ollenhauer, Kurt Schumacher und Willy Brandt gaben sich hier die Klinke in die Hand. Willy Brandt als Vertreter der »neuen« Sozialdemokratie besuchte Hagen nicht nur auf seiner Wahlkampftour im August 1965, sondern bereits als Spitzenkandidat 1961 und wurde mit Begeisterung empfangen. Defizitär sah der Unterbezirk vor allem, dass man sowohl Frauen als auch junge Menschen nur schwer für die Parteiarbeit gewinnen konnte. Erst mit Eintreten Lothar Wredes 1956 in den Hagener Stadtrat begannen sich die Akteure langsam zu verjüngen. Frauen sollten erst im Zuge der 68er den Weg in die Spitzenpositionen der Hagener SPD finden.³²

³¹ Text der Gedenktafel in der Elberfelder Straße 57, 58135 Hagen.

³² Siehe auch: Bernd Faulenbach: Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen von 1949–1969. In: Sozialdemokratie im Wandel, S. 210–221.,

Zur Mitgliederentwicklung siehe: Uwe Schledorn, Der Freiheit eine Gasse. S. 157 und Sozialdemokratie im Wandel, S. 265.

Insgesamt kann auch herangezogen werden: Westfälische Rundschau/Westfalenpost. Hagener Lokalteil. Stadtarchiv Hagen.



Nach dem 2. Weltkrieg: Fritz Steinhoff wird 1946 als Oberbürgermeister der Stadt Hagen von den Besatzern eingesetzt. Rechts: Major Alexander, Kommandant der britischen Besatzer in Hagen. (Foto Lehmacher, Archiv SPD Hagen)

10



Ily, Fritz, Klempner- u. Dachdeckermeister
53 Jahre, verheiratet, Kreishandwerksmeister, Vertreter des gewerblichen Mittelstandes, Stadtverordneter, seit Jahrzehnten in der sozialistischen Bewegung und Arbeiterwohlfahrt

S.P.D.



12



Klein, Gerda, Hausfr. und Mutter
32 Jahre, Mittelschule, früher Verkäuferin, entstammt sozialistisch. Arbeiterfamilie, bisher Mitglied des städt. Schulausschusses

S.P.D.



20



Treichel, Heinrich, Parteisekretär, 49 Jahre, 12. v. 13 Kindern ungelerner- und Transportarbeiter in über 30 Industrie- und Gewerbezeigen, Versandleiter, Gewerkschaftssekretär, Berichterstatter, seit 1917 gewerkschaftlich und politisch organisiert, seit 1945 Mitglied des Stadt-Ausschusses

S.P.D.



21



Triebel, Gustav, Sekretär
57 Jahre, erlernter Beruf Maschinenschlosser Auslandstätigkeit (Frankr., Belgien, Holland) Gewerkschaftssekretär, seit 1908 in der sozialistischen Arbeiterbewegung, von 1924-1928 Stadtverordneter in Barmen

S.P.D.



22



Turck, Helmut, Betriebsobm. bei der Schmiedag A.-G., 38 Jahre Schlosser, verheirat., im sozialistischen Sinne erzogen, seit dem 12. Lebensjahr im Arbeitersportbund tätig

S.P.D.



23



Weller, Lydia, Hausfrau u. Mutter, 2 Kinder, 48 Jahre, 22 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, vieljährige Tätigkeit in der Partei u. Arbeiterwohlfahrt, seit 1945 Mitglied der Stadtvertretung

S.P.D.



Hungerdemos im kriegszerstörten Hagen im Jahr 1947 (Bild 1: Rehsieperweg, Bild 2: Hagen-Mitte).

SPD-Kandidaten zur ersten Kommunalwahl im Jahr 1946.



Das neue SPD-Parteibüro in der Elberfelder Str. 57, damals in der ersten Etage. Im Erdgeschoss waren Schreibwaren Teckhaus und die Westfälische Rundschau.



Blick ins neue SPD-Parteibüro, eingerichtet nach den modernsten Standards der 50er Jahre.





Der neue SPD-Bus in der Garage des Hofes hinterm Parteibüro. 1952.



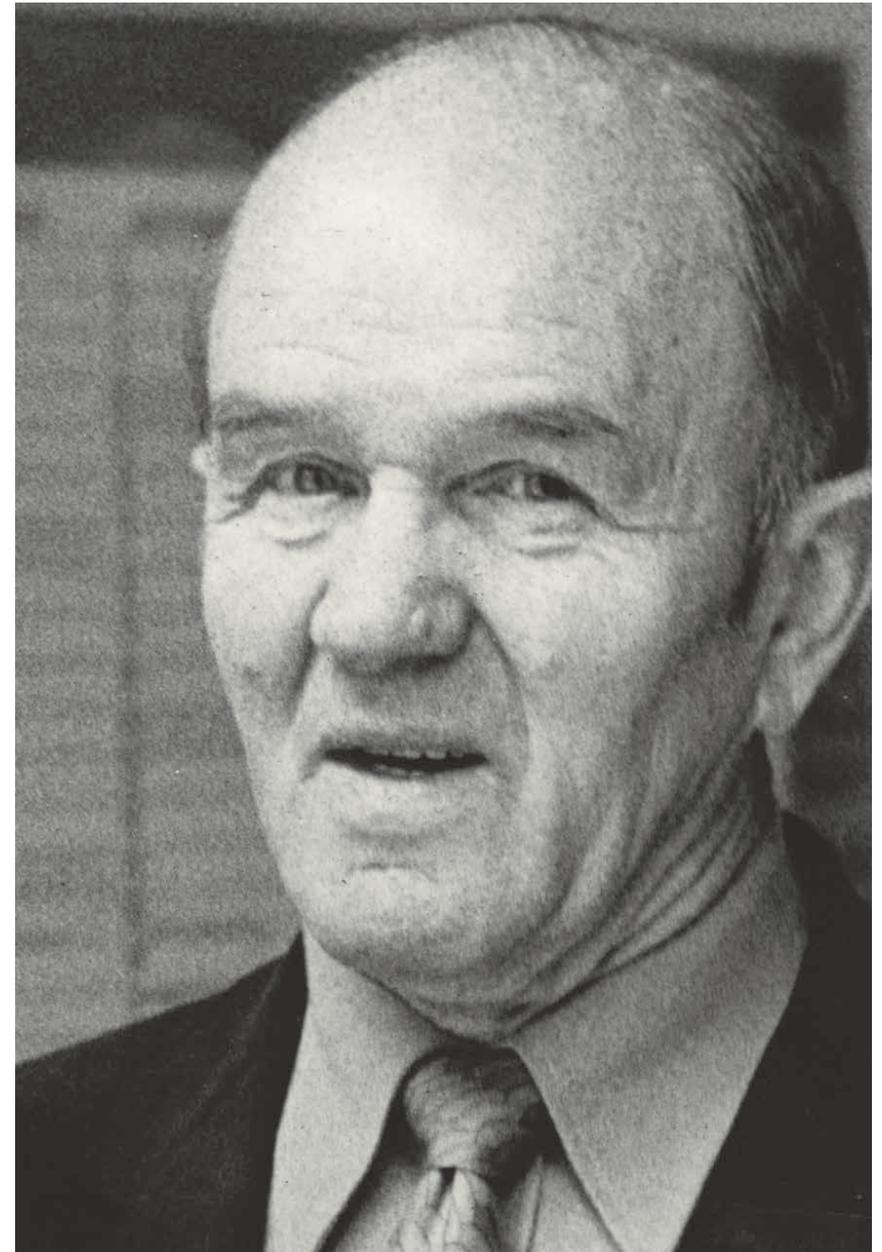
(He)Lene Reichel, Fritz Vorwerk, Fritz Steinhoff, Rolf Meyer, Horst Kniese, Hermann Schaeffler. Mitte der 1950er.



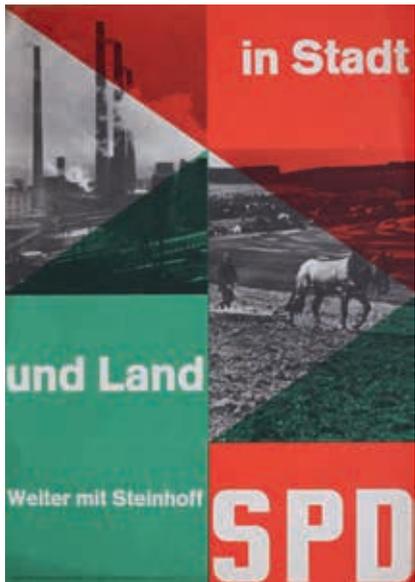
Im Keller der Elberfelder Str. 57 sind Vervielfältigungsmaschinen untergebracht.



Erich Ollenhauer (Mitte), Bundespartei- und Fraktionsvorsitzender der SPD, 1957 zu Gast in Hagen mit Ehefrau Martha, empfangen u.a. von Fritz Steinhoff (r.) und Lothar Wrede (z.v.r.).



Helmut Turck: Oberbürgermeister von Hagen 1958–1963



SPD-Wahlplakate zu den Landtagswahlen 1958 mit Spitzenkandidat Fritz Steinhoff.



Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt (Mitte) 1961 in Hagen, u.a. mit dem damaligen Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Lothar Wrede (l.).



Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1961 in Haspe bei Zwieback Brandt.



Willy Brandt u.a. mit Lothar Wrede und Oberbürgermeister Helmut Turck im Bundestagswahlkampf 1961 in Haspe bei Zwieback Brandt.



Oberbürgermeister Helmut Turck (r.) übergibt Willy Brandt anlässlich dessen Besuchs in Hagen 1961 ein Gastgeschenk.



Fritz Steinhoff (r.) im Jahr 1961 als Bundestagskandidat mit Kanzlerkandidat Willy Brandt und Oberbürgermeister Helmut Turck im Wahlkampf

1964–1999 Blütezeit der SPD Hagen

In den folgenden Jahren gelangte die SPD Hagen auf den Höhepunkt ihrer Macht. Mit über 4.000 Mitgliedern 1975 und der absoluten Mehrheit im Rat der Stadt Hagen konnte die SPD die Geschicke der Stadt trotz schwieriger Zeiten gestalten. War Hagen zu Anfang der 60er Jahre noch die achtgrößte Wirtschaftsmetropole in NRW³³, verlor Hagen bis 1973 über 12.000 Arbeitsplätze. Die bundes- und weltpolitischen Krisen trugen ihre Konsequenzen bis nach Hagen hinein. Als Stadt des Stahls bekam Hagen dies als eine der ersten Städte in NRW zu spüren. Und trotz enormer Anstrengungen in jenen Jahren sieht Hagen sich den Folgen des damaligen Strukturwandels bis heute herausgefordert.

In dieser Zeit hatte sich die SPD Hagen nicht nur aufgrund ihrer Mitgliederstruktur stark gewandelt, sondern auch mit ihren Themen. Die Abkehr vom reinen Arbeiterverein zur modernen Partei vollzog sich schleichend. Im Zuge der 68er kam es zu einer allgemeinen »Ideologisierung« der Partei. Kapitalismuskritik und Abrüstungsprogramme standen auf der Tagesordnung. Die Arbeit in der Kommunalpolitik wurde fachspezifischer. Spätestens in den 70ern kam es zu einer Akademisierung und damit verbunden zu einer »Ideologisierung« innerhalb der Partei. Spitzenfunktionäre kamen immer häufiger aus dem bürgerlichen Milieu und waren bereits als Jungsozialisten in die Partei eingetreten. Die Parteiarbeit wurde insgesamt auf mehr Köpfe verteilt. Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften zu verschiedenen Themen wurden gebildet. Die Organisation der Partei wurde insgesamt strukturierter und war mit mehr Verwaltungsaufwand verbunden. In der Elberfelder Straße 57 waren zu Spitzenzeiten bis zu sechs Personen beschäftigt und das Parteibüro war neben dem Fraktionsbüro im Rathaus zu einer zweiten Machtzentrale innerhalb der Hagener SPD geworden.

³³ Westfälische Rundschau vom 06/07.08.1964. Stadtarchiv Hagen.

Oberbürgermeister Lothar Wrede

Mit Lothar Wrede als Nachfolger Fritz Steinhoffs bekleidete die Hagener SPD 1964 mit einem jungen Mann den Sessel des Oberbürgermeisters, dessen Laufbahn später bis zum Staatssekretär von Helmut Schmidt führte. Wrede ist bis heute bei Amtsantritt der jüngste Oberbürgermeister von Hagen gewesen. 1930 geboren, arbeitete er zunächst als Elektriker in der Hasper Hütte und wurde von Fritz Steinhoff bereits mit 30 Jahren als Parteisekretär in die Elberfelder Straße gerufen. Ratsherr ab 1956, Fraktionsvorsitzender seit 1961, ab 1962 Landtagsabgeordneter in Düsseldorf, war es nur natürlich, dass der charismatische 33-jährige Wrede den 66-jährigen Steinhoff beerben sollte. Mit 45 von 48 Stimmen wurde er am 09.10.1964 nach einem »Erdrutschsieg« für die SPD bei den Kommunalwahlen zum neuen Hagener Oberbürgermeister gewählt. 24 von 28 Direktmandaten gingen an die SPD und mit über 50% der Stimmen sicherte sich die Partei die absolute Mehrheit im Stadtrat.³⁴

Wrede wird von Zeitgenossen als »Vertreter, Symbol und Symptom dieser neuen Generation von Vorurteilslosen, die nicht mehr von Ideologien und Theorien, sondern vom sachlich beschwingten Aufbau von Lebensmöglichkeiten und Demokratie ihre bestimmenden Eindrücke empfangen. ... Wrede geht heute als »Intellektueller« ebenso durch wie er durch seine Sachlichkeit besticht. ... Er trägt einen modernen, aber soliden Kurzhaarschnitt, bevorzugt gutsitzende Anzüge, liebt es am Steuer eines schnellen Wagens zu sitzen und ist in jeder Hinsicht eine Verkörperung seiner Generation, die in allen politischen Parteien dazu berufen ist, das Aufbauwerk zu konsolidieren und fortzusetzen.« Die SPD sollte er »so sehr im Griff haben, dass er der große Zampano bezeichnet wurde«.³⁵

Eine von Wredes ersten Amtshandlungen sollte die Einweihung des neuen Rathauses sein.³⁶ Mit seinen Vorlieben für schnelle Autos und neuer Technik, passte er gut in das neue Gebäude. Ebenfalls 1965 konnte er die neue Amtskette des Oberbürgermeisters einweihen. Er zeichnete 1968 seinem politischen Ziehvater Fritz Steinhoff und dessen Weggefährten Ewald Sasse mit

³⁴ Westfälische Rundschau vom 29.09.1964, Stadtarchiv Hagen.

³⁵ Horst Kniese: Hagens neuer Oberbürgermeister. Repräsentant einer neuen Generation. In: Hagener Heimatkalender 1965. Beiträge zur Literatur, Kultur und Geschichte in Hagen und Umgebung. Hagen 1965, S. 33f.

³⁶ Jochen Becker: Lothar Wrede - Ein Vollblutpolitiker. In: Erste Bürger. S. 37.

der Ehrenbürgerwürde der Stadt Hagen aus. Doch nicht nur die symbolischen Handlungen, sondern ebenfalls wichtige Entscheidungen der Verkehrspolitik, des Schul- und Sportstättenbaus, die Einweihung der Müllverbrennungsanlage und die ersten Schritte in die kommunale Neugliederung sollten in seine Amtszeit fallen. 1968 wurde Wrede erneut Steinhoffs Nachfolger. Er wurde zum SPD-Kandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt. Steinhoff sollte noch für ihn Wahlkampf machen können und erleben, wie Wrede mit über 50% der Stimmen nach Bonn ging, bevor er Ende 1969 starb. Als Spitzenkandidat für die Hagener SPD holte Wrede außerdem bei den ebenfalls stattfindenden Kommunalwahlen erneut die absolute Mehrheit. Diese sollte die SPD bis 1999 ununterbrochen behalten, so dass der Spruch aufkam, man könne einen rot angemalten Besenstiel zur Wahl aufstellen, dieser würde von den Hagenern gewählt. Nachfolger Wredes im Landtag sollte der Parteivorsitzende Karl Sporbeck werden. Neuer Parteivorsitzender wurde der zweite Bürgermeister von Hagen, Gerd Schaedl. 1971 trat Wrede als Oberbürgermeister zurück. Er konzentrierte sich nun ganz auf sein Mandat im Bundestag und wurde 1976 von Helmut Schmidt zum Staatssekretär im Verkehrsministerium ernannt. Im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses wurde Wrede 1982 von der Wahlkreiskonferenz nicht mehr für den Bundestag aufgestellt. Hans-Günther Toetemeyer sollte sein Nachfolger im Bundestag werden.

Oberbürgermeister Rudolf Loskand

»Solidarität, Loyalität, Fairness untereinander und Fairness gegenüber dem politischen Gegner waren ... für mich keine Sprechblasen, sondern Teil ... meines Demokratieverständnisses und meiner Grundeinstellung.«³⁷

So beschreibt Rudolf Loskand sein Handlungsprinzip, das ihn fast 20 Jahre als Hagener Oberbürgermeister die Geschicke im Rat und der Stadt hat lenken lassen. 20 Jahre in denen der Strukturwandel Hagen fest im Griff hatte und in denen Loskand als vertrauenserweckende Persönlichkeit der Fels in der Brandung sein sollte.

1924 geboren, bei Hoesch in die Lehre gegangen, gewerkschaftlich engagiert, war er seit 1964 Mitglied des Rates der Stadt Hagen für die SPD. Als ru-

³⁷ Stadt Hagen (Hrsg.): Rathausneubau Hagen 1965. Hagen 1965.

higer, integrier Mensch sollte er zunächst als »Notlösung« neuer Oberbürgermeister von Hagen werden. Doch kaum hatte er sein Amt angetreten, brachte der Strukturwandel Schlag auf Schlag schlechte Nachrichten nach Hagen. Viele alte Betriebe wanderten in günstigere Standorte ab. Als dann noch das prestigeträchtigste Stahlwerk, die Hasper Hütte, vor dem Aus stand, hatte Hagen mit einem Schlag 12.000 Arbeitsplätze verloren. Damit stand Loskand und mit ihm die Hagener SPD vor der gewaltigen Aufgabe, dies zu kompensieren.

»... im Mittelpunkt stand für mich immer der Mensch, der Mitbürger, der Arbeitnehmer mit all seinen Problemen. Ihm zu helfen, die Rahmenbedingungen zu bekommen, die ihm ein angemessenes, menschenwürdiges Dasein in unserer Stadt ermöglichen sollten, das sah ich als meine Aufgabe an.«³⁸

Loskands Ziel, möglichst alle Umsetzungen seiner Amtszeit gemeinschaftlich und einstimmig zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger von Hagen auf den Weg zu bringen, sollte gelingen und ihm das Vertrauen der Hagener SPD ebenso wie das der Wählerinnen und Wähler bis zu seinem wohlverdienten Ruhestand sichern. Dank enormer Finanzhilfen des Landes und des Bundes bekam das von der Schließung der Hasper Hütte gebeutelte Haspe ein vollkommen neues Gesicht. Wo 1969 noch Hochöfen standen, wurde mit Hilfe der Wohnungsgenossenschaften ein Zentrum mit Freizeitgelände und Wohnbebauung erschlossen. Um die hohe Arbeitslosigkeit aufzufangen und um im Zuge der Leitplanungen zur kommunalen Neuordnung 1969/75 nicht als Verlierer da zu stehen, lud Loskand am 11.06.1971 die Spitzen von Rat und Verwaltung der Gemeinden Hohenlimburg, Berchum und Garenfeld zu einem Treffen auf neutralem Boden auf den Ruhrterrassen auf der Hohensyburg. Es wurde eine kurzfristige Arbeitsgemeinschaft gebildet, die drei Fragen klären sollte: gemeinsame Entwässerung, Gesamteindeichung und Begrädigung der Lenne und Verkehrserschließung. Dank geschickter Verhandlungstaktik gelang 1975 so die Eingemeindung von Hohenlimburg, Garenfeld und Berchum.³⁹ Dadurch konnten neue Gewerbeflächen an der Lenne erschlossen werden. Nach nunmehr 40 Jahren Hagen-Hohenlimburg gibt es etliche Verflechtungen, die zeigen, dass das Projekt »Eingemeindung« gelungen ist.⁴⁰

38 Jochen Becker: Erste Bürger, Loskand S.49.

39 Ebd. S. 50.

Ebenfalls im Zuge der kommunalen Neuordnung wurde die Bildung von Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten wie Hagen verpflichtend festgeschrieben. Damit war Hagen in nunmehr fünf Bezirke eingeteilt. Drei der fünf ersten Bezirksvorsteher waren ebenfalls Genossen der Hagener SPD.

1975 war die Hagener SPD auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Die Partei hatte über 4.000 Mitglieder und wurde im Zuge der Gebietsreformen vom Unterbezirk Ennepe-Ruhr getrennt. Der neue Ennepe-Ruhr-Kreis bekam einen eigenen SPD-Unterbezirk, dessen Vorsitzender Rolf Meyer bereits lange Jahre im SPD-Unterbezirk Hagen-Ennepe-Ruhr mitgewirkt hatte.

»Hagen ist ja auf eine merkwürdige Art so etwas wie ein Nest für Politiker unterschiedlicher Schattierungen, aber von großem Format«, meinte Johannes Rau in seiner Rede zur Überreichung der Ehrenbürgerwürde an Rudolf Loskand.⁴¹ Zu jenem großen Format zählten in dieser Zeit neben Loskand allen voran auch Magdalene Hoff und Dr. Dieter Haak. Magdalene Hoff, die große Dame der Hagener SPD, war die erste weibliche Abgeordnete der Hagener SPD und sollte ihr Mandat als Europaabgeordnete beginnend mit der ersten Europawahl im Jahr 1979 für insgesamt 25 Jahre inne haben.⁴² Von 1997–1999 war sie sogar Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Auch hohe Parteiämter übte sie aus, so war sie 1984 in den Bundesparteivorstand unter Vorsitz von Willy Brandt gewählt worden und sollte dem höchsten SPD-Parteigremium insgesamt 14 Jahre angehören. Eine ähnlich beeindruckende Karriere machte auf NRW-Landesebene der Hagener Genosse Dr. Dieter Haak. 1970 in den Landtag gewählt wurde er schon fünf Jahre später Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Weitere fünf Jahre später erfolgte Haaks Ernennung zum Minister für Bundesangelegenheiten, und anschließend von 1983–1985 zum NRW-Justizminister. Haak gilt gemeinsam mit Johannes Rau als einer der »Väter der Fernuniversität« und sollte dem Landtag noch bis 1995 angehören.

1988/89 endete die Ära Loskand. Im Alter von 65 Jahren kandidierten er und zahlreiche seiner Weggefährten nicht mehr für die Kommunalwahl 1989.

40 Horst Kniese: Der Neuordner. In: Horst Kniese. Das Hagener Wunder. 50 Jahre Frieden. Hagen 1995, S. 172ff.

41 Stadt Hagen (Hrsg.): Kommunale Neuordnung Raum Hagen. Hagen, 1969.

Liselotte Funcke: 265 Jahre Bürgermeister der Stadt Hagen, 2011, S. 61ff.

42 Jochen Becker: Erste Bürger, S. 55.

Damit wurde der Weg frei für eine jüngere Generation, deren Akteure die Hagener SPD teilweise bis heute prägen.

Bereits 1985 war es bei der Aufstellung der Landtagskandidaten zu einem Generationswechsel gekommen. Wilfried Kramps folgte auf Karl-Heinz Nolzen und auch an der Parteispitze gab es einen Wechsel mit Dietmar Thieser als neuem Unterbezirksvorsitzenden, der auf Dr. Dieter Haak folgte. Bei den Kommunalwahlen 1989 büßte die Hagener SPD dann mit 29 von 59 Sitzen erstmals seit 1964 die absolute Mehrheit ein. Die Parteienlandschaft insgesamt war vielschichtiger geworden, was sich seitdem bis heute immer weiter fortsetzen sollte. Neben den Traditionsparteien SPD, CDU und FDP waren nach der Kommunalwahl 89 außerdem die Grünen und die Republikaner im Rat der Stadt vertreten. Die Fraktion der SPD ging davon aus, dass die anderen Fraktionen sich nicht auf das Zünglein an der Waage, den Republikanern, einließen. Dies erwies sich jedoch als Trugschluss. Nicht nur, dass die neu gewählte Oberbürgermeisterin, Renate Löchter, im Zuge des »Wahlfälschungsskandals« nach nur 42 Tagen ihr Amt aufgab, auch bei wichtigen Abstimmungen konnte die SPD nicht die erforderlichen Mehrheiten im Hagener Stadtrat beschaffen. So zum Beispiel bei der Umgestaltung des Graf-von-Galen-Rings und der städtebaulichen Anbindung zwischen Hauptbahnhof und Fußgängerzone wonach der Autoverkehr unterirdisch verlaufen und ein ansprechendes Stadtquartier als Verbindung zur Innenstadt geschaffen werden sollte, so dass nur noch Fußgänger, Fahrräder und Busse dort verkehren sollten.

Oberbürgermeister Dietmar Thieser

Im Dezember 1989 wurde Dietmar Thieser vom Rat der Stadt Hagen zum neuen Hagener Oberbürgermeister gewählt. Im selben Jahr übernahm der Landtagsabgeordnete Wilfried Kramps von Thieser das Amt des Hagener Parteivorsitzenden, das er für 12 Jahre inne haben sollte. Dietmar Thieser erwies sich als Person, die durch ihre Amtsführung verloren gegangenes Vertrauen zurückholen konnte und neues gewann. Nicht zuletzt die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen 1994 bewiesen dies: Die Hagener SPD holte mit 34 Ratssitzen die absolute Mehrheit zurück und Thieser gewann neben dem Amt des Oberbürgermeisters auch das Direktmandat für den Bundestag. Bürgernähe und Bodenständigkeit waren wichtige Stärken von Dietmar Thiesers

Amtsführung. Hagen errang in diesen Jahren die Stellung einer Großstadt des Ruhrgebietes zurück, so dass fast zwangsläufig im Dezember 1996 Thiesers Wahl zum ersten hauptamtlichen Oberbürgermeister Hagens folgte, nachdem Oberstadtdirektor Dietrich Freudenberger (SPD) in ein großes Unternehmen der Energiewirtschaft gewechselt war.

Gegen alle Widerstände setzte die SPD die Neue City Hagen durch und schuf damit die Grundlage für eine zukunftsorientierte Neugestaltung der Kern-Innenstadt rund um den Friedrich-Ebert-Platz. Zweite wesentliche Leistung Thiesers und der Hagener SPD ist die Umsetzung der Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz der sozialdemokratischen Landesregierung für die Märkische Region. Mitte der neunziger Jahre beschloss die Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau eine ganze Reihe von millionenschweren Initiativen im Bereich von Bildung und Wissenschaft um den wirtschaftlichen Einbrüchen infolge des starken Strukturwandels in Hagen zu begegnen. So wurden das Haus der Wissenschaft und Weiterbildung »Arcadeon« im Lennetal, das Technologie- und Gründerzentrum auf dem Fernuni-Campus gegründet, die Villa Post als Sitz der neu strukturierten Hagener Volkshochschule grundlegend saniert und modernisiert, sowie in hohem Maße in die Fernuniversität und die Fachhochschule Südwestfalen investiert.

1995 war neben Wilfried Kramps mit Renate Drewke die erste SPD-Frau für Hagen in den NRW-Landtag eingezogen. Renate Drewke wurde 2003 zur Regierungspräsidentin in Arnsberg berufen wo sie bis zur historischen Wahlniederlage der NRWSPD zwei Jahre später tätig war.

1998 war bei der Bundestagswahl der damals 34-jährige René Röspel gewählt worden, der dieses Mandat bis heute ausübt. Die Wahl 1998 sollte insgesamt mit einem sensationellen Wahlerfolg für die SPD enden. Der SPD-Erfolg bedeutete gleichzeitig das Ende der Ära Helmut Kohl, dem Gerhard Schröder als dritter sozialdemokratischer Bundeskanzler folgte.



Lothar Wrede um 1980.



Oberbürgermeister Lothar Wrede empfängt Willy Brandt am 25.8.1965. (Stadtarchiv Hagen)



Oberbürgermeister Lothar Wrede mit der neuen Amtskette. Die Alte war im Zuge des Zweiten Weltkrieges eingeschmolzen worden. Aufnahme um 1968. (Stadtarchiv Hagen)



Lothar Wrede als Kandidat für den Bundestag 1969.



Das Ende einer Ära: Heinz Kühn, damaliger NRW-Ministerpräsident, spricht beim Staatsbegräbnis Fritz Steinhoffs in der Stadthalle Hagen im Oktober 1969.



Rudolf Loskand: Hagener Oberbürgermeister von 1971–1989. Aufnahme aus den 1980ern.



Garagenhof hinterm SPD-Parteibüro in der Elberfelder Str. 57 in den 1970ern.



Oberbürgermeister
Rudolf Loskand-
erfolgreich
für Hagen



Am 30.9.wählen!



SPD-Wahlplakat mit Oberbürgermeister Rudolf Loskand.



Grundsteinlegung auf dem ehemaligen Gelände der Hasper Hütte 1980. u.a. mit Wilfried Kramps, Karl-Heinz Nolzen, Rudolf Loskand, Dieter Klöckner, Christoph Zöpel (Minister für Stadtentwicklung in NRW), Horst Wisotzki sen. (1. Hasper Bezirksvorsteher), Jochen Weber, Hans Lange.



Dr. Dieter Haak (MdL) gratuliert den Brüdern Kuhenne 1980 zur 60jährigen Mitgliedschaft. Fritz Kuhenne war einer der Überlebenden aus dem Gefangenenlager in Hohenlimburg, wo er nach dem Anschlag auf Hitler 1944 inhaftiert wurde. (Foto: Karl-Heinz Jung)



Ministerpräsident Johannes Rau auf Wahlkampf im Jahr 1980 im Hagener Süden. (Foto: Karl-Heinz Jung)



Lothar Wrede (r.) am Bundestagwahlabend 1980 gemeinsam mit dem UB-Vorsitzenden Hermann Schaeffler im SPD-Parteibüro in der Elberfelder Str. 57. Wrede verteidigt sein Direktmandat mit 52,2% der Erststimmen.



Magdalene Hoff: Die große Dame der Hagener SPD. 1979 - 2004 Abgeordnete des Europaparlaments. Aufnahme Mitte der 1980er.



Die »Tour de Kramps« in Hefte zur Landtagswahl 1985 mit (v.l.) Heinz Schellhorn, Jürgen Schmidt, Wilfried Kramps, Manfred Krause und Dietmar Thieser.



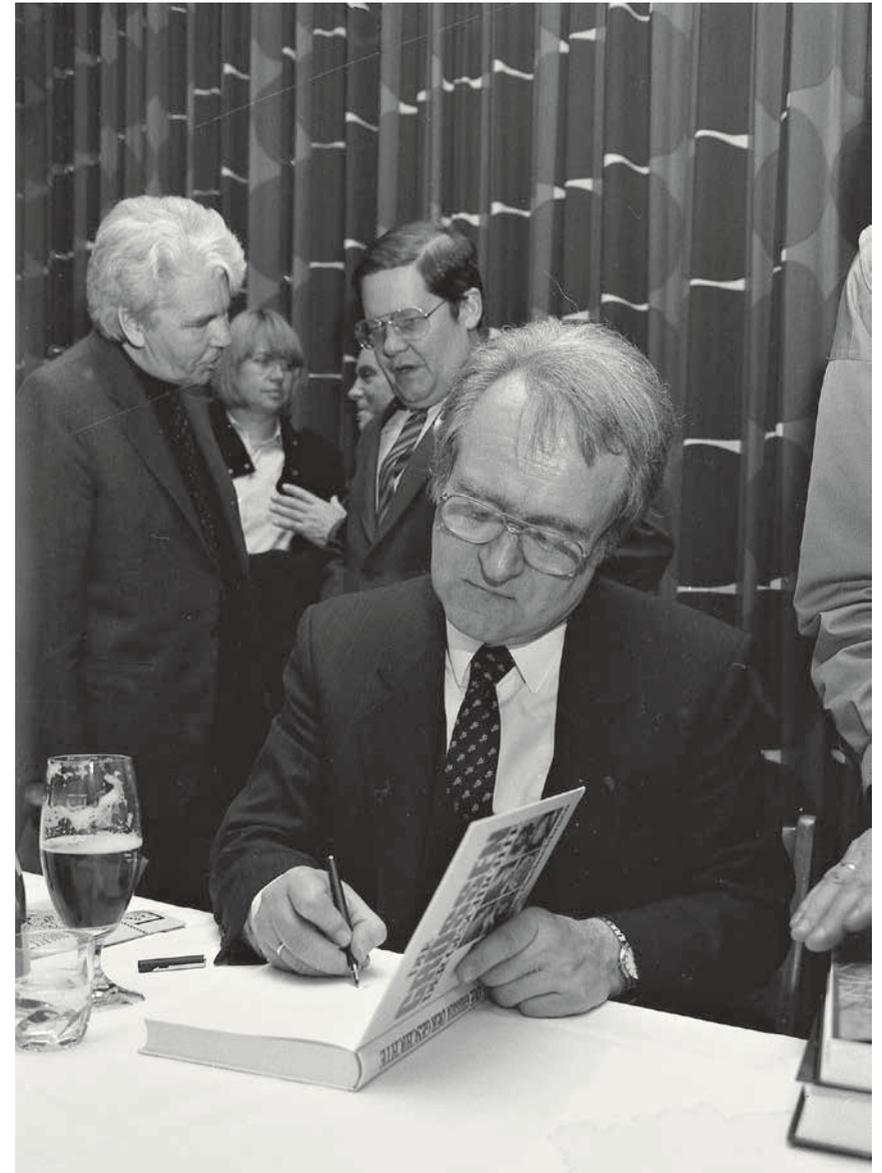
Die »Tour de Kramps« in der Hagerer City zur Landtagswahl 1985 mit Wilfried Kramps (l.) und Dietmar Thieser (r.).



Ausstellungseröffnung »120 Jahre SPD in Hagen« am 12.04.1985 in der Bürgerhalle des alten Hagerer Rathaus mit (v.l.) Oberbürgermeister Rudolf Loskand, Dietmar Thieser, Lothar Wrede und Dr. Dieter Haak MdL.



Johannes Rau, NRW-Ministerpräsident, im Jahr 1985 mit den beiden Hagener Landtagskandidaten Dr. Dieter Haak (l.) und Wilfried Kramps (r.)
 Weiteres Foto: (v.l.) Lothar Wrede, Magdalene Hoff, Johannes Rau, Rudolf Loskand und Jochen Weber. 1985.



Autogrammstunde mit Johannes Rau, im Hintergrund mit Magdalene Hoff und Dr. Dieter Haak, 1985.



JUSO-Plakat 1987



Johannes Rau trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Hagen ein. Von links: Bundestagsabgeordneter Hans-Günther Toetemeyer, Kämmerer Rudolf Pesch (CDU), Oberbürgermeister Rudolf Loskand sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Dieter Fischer (CDU), Wilfried Kramps und Dr. Dieter Haak. Aufnahme Ende der 1980er.



Die NRWSPD in der Hagener Stadthalle am 20.02.1988. U.a. mit Helmut Turk (Alt-Oberbürgermeister), Blankenagel, Egon Groda, Lange, Duhme, Anne Huber, Bodo Hombach, Gerd Kompe und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau.



Kommunalwahlkampf 1989 mit Rudolf Loskand (Oberbürgermeister), Johannes Rau (NRW-Ministerpräsident), Renate Löchter (Oberbürgermeisterkandidatin) und Dietmar Thieser (UB-Vorsitzender).



Eröffnungsveranstaltung zum Europawahlkampf 1989 in Bad Godesberg mit Magdalene Hoff.



Die SPD-Mitglieder der Bezirksvertretung Haspe, 17.09.1989.



Die SPD-Mitglieder der Bezirksvertretung Eilpe/Dahl, 01.10.1989.



Die SPD-Mitglieder der Bezirksvertretung Hagen-Nord, 1989.

1999–2015 Jahre des Umbruchs und der Erneuerung

Bei der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 1999, die für die SPD in ganz NRW eine Zäsur sein sollte, da reihenweise SPD-Hochburgen wie Essen und Gelsenkirchen an die CDU verloren gingen, unterlag in Hagen Dietmar Thieser mit 48,7 Prozent seinem christdemokratischen Herausforderer Wilfried Horn. Parallel dazu erlitt die Hagener SPD im Rat dramatische Einbrüche und wurde erstmals nach 50 Jahren nur noch zweitgrößte Fraktion im Rat der Stadt. Da die Hagener Partei ihre Niederlage wie andernorts auch völlig unerwartet getroffen hatte, brauchte sie in der Folgezeit mehrere Jahre um diese historische Wahlniederlage zu verarbeiten und noch länger um einen Weg der Erneuerung zu finden. Zunächst gab es 2001 einen Wechsel an der Parteispitze: Wilfried Kramps trat nach 12 Jahren als Vorsitzender nicht mehr erneut an und Werner König wurde sein Nachfolger. Obwohl die Verarbeitung der Kommunalwahlniederlage von 1999 die Partei nachhaltig auch mit sich selbst beschäftigte, gelang es der Hagener SPD schon zur nächsten Wahl fünf Jahre später das Amt des Oberbürgermeisters zurückzugewinnen. Zwar wurde die SPD erneut nur zweitstärkste Fraktion im Rathaus, doch konnte sich SPD-Spitzenkandidat Peter Demnitz in der Stichwahl gegen den heutigen CDU-Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann knapp durchsetzen. Seine Amtszeit war geprägt von der angespannten Finanzlage der Stadt Hagen und den vielfältigen Maßnahmen, die sich seit dem Strukturwandel fortschreitende Haushaltskrise in den Griff zu bekommen. Die sich darüber hinaus durch verlustreiche Finanzgeschäfte der Stadt Hagen noch weiter verschlechternde Haushaltslage rief zunehmend öffentlich spürbar eine Missstimmung gegenüber der Hagener Rathausspitze hervor. Vor diesem Hintergrund fiel das Amt des Oberbürgermeisters in 2009 wieder an die CDU, Jörg Dehm aus Mülheim machte das Rennen für den Chefsessel im Hagener Rathaus. Die SPD musste gleichzeitig ihr schlechtestes Ratswahlergebnis der Nachkriegsgeschichte einstecken.

Mit Blick auf die Landesebene blieb die SPD auch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends Nummer eins unter den Hagener Parteien. Auch bei der Landtagswahl im Jahr 2005, als die nordrhein-westfälische CDU mit Jürgen Rüttgers die NRWSPD nach 39 Jahren an der Regierung ablöste, blieben die beiden neuen SPD-Landtagskandidaten, zum einen der im selben Jahr ins Amt gewählte Hagener Unterbezirksvorsitzende Wolfgang Jörg (Wahlkreis Hagen-Mitte, -Nord und Hohenlimburg) sowie zum anderen der Gevelsberger Stadtverbandsvorsitzende Hubertus Kramer (Haspe, Eilpe/Dahl, Breckerfeld, Ennepetal und Gevelsberg), Sieger und konnten ihre Direktmandate bis heute verteidigen.

2014 wurde dann der von einem Jamaika-Bündnis aus CDU, FDP und Grünen getragene parteilose Kandidat Erik O. Schulz zum Hagener Oberbürgermeister gewählt. Doch auch ohne die »Zurückeroberung« des Oberbürgermeister-Amtes hatte die Hagener SPD bei der Kommunalwahl 2014 Grund zum feiern. Bei den Ratswahlen wurde sie trotz schwieriger Ausgangslage erstmals nach 20 Jahren wieder stärkste Kraft im Stadtrat – und das mit einem Erneuerungsprozess, der von Dr. Jürgen Brand nach dessen Wahl zum Hagener SPD-Parteivorsitzenden im Jahr 2009 eingeleitet worden war. Sein 2012 ins Amt gewählter Nachfolger Timo Schisanowski, bis dato mit 30 Jahren bei Amtsantritt jüngster Parteivorsitzender, setzt diesen mit Blick auf die Zukunft der Hagener SPD notwendigen Erneuerungsprozess konsequent fort. Insofern bedeutete der Erfolg bei den Ratswahlen 2014 eine Bestätigung dieses Weges, der Hagens SPD als stärkste politische Kraft in Hagen ihre Stärke sichern und für die Zukunft noch ausbauen soll.

Insgesamt kann die SPD Hagen im 150.-Jubiläumsjahr in 2015 mit großem Stolz auf eine ebenso bewegte wie erfolgreiche Geschichte zurückblicken, in welcher sie sich vom Arbeiterverein 1865 entwickelt hat hin zur modernen Volkspartei, die bis heute die mit weitem Abstand mitgliederstärkste und erfolgreichste Partei vor Ort darstellt.



Dietmar Thieser: Hagener Oberbürgermeister von 1989 - 1999 und Mitglied des Bundestages von 1994–1996.



Rudolf Loskand (Mitte) erhält am 17.03.1996 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Hagen. Mit NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (l.) und Oberbürgermeister Dietmar Thieser (r.) im Ratssaal. WP Hagen, Ausgabe 18.03.1996. (Stadtarchiv Hagen)



Ehrenbürger und Alt-Oberbürgermeister Rudolf Loskand mit dem amtierenden Oberbürgermeister Dietmar Thieser am 17.03.1996.



UB-Parteivorsitzender Wilfried Kramps (l.) ehrt seinen Vorgänger im Landtag, Karl-Heinz Nolzen.



Bundestags- und Kommunalwahlkampf 2009 mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (z.v.r.), Bundestagsabgeordneter und -kandidat René Röspele, Oberbürgermeisterkandidat Jochen Weber und dem Landtagsabgeordneten Wolfgang Jörg.



Die SPD-Ratskandidaten zur Kommunalwahl 2004.



Landtagswahlkampf 2010. Ministerpräsidentin-Kandidatin Hannelore Kraft (Mitte) mit den beiden Hager Landtagsabgeordneten und -kandidaten Hubertus Kramer (l.) und Wolfgang Jörg (r.).



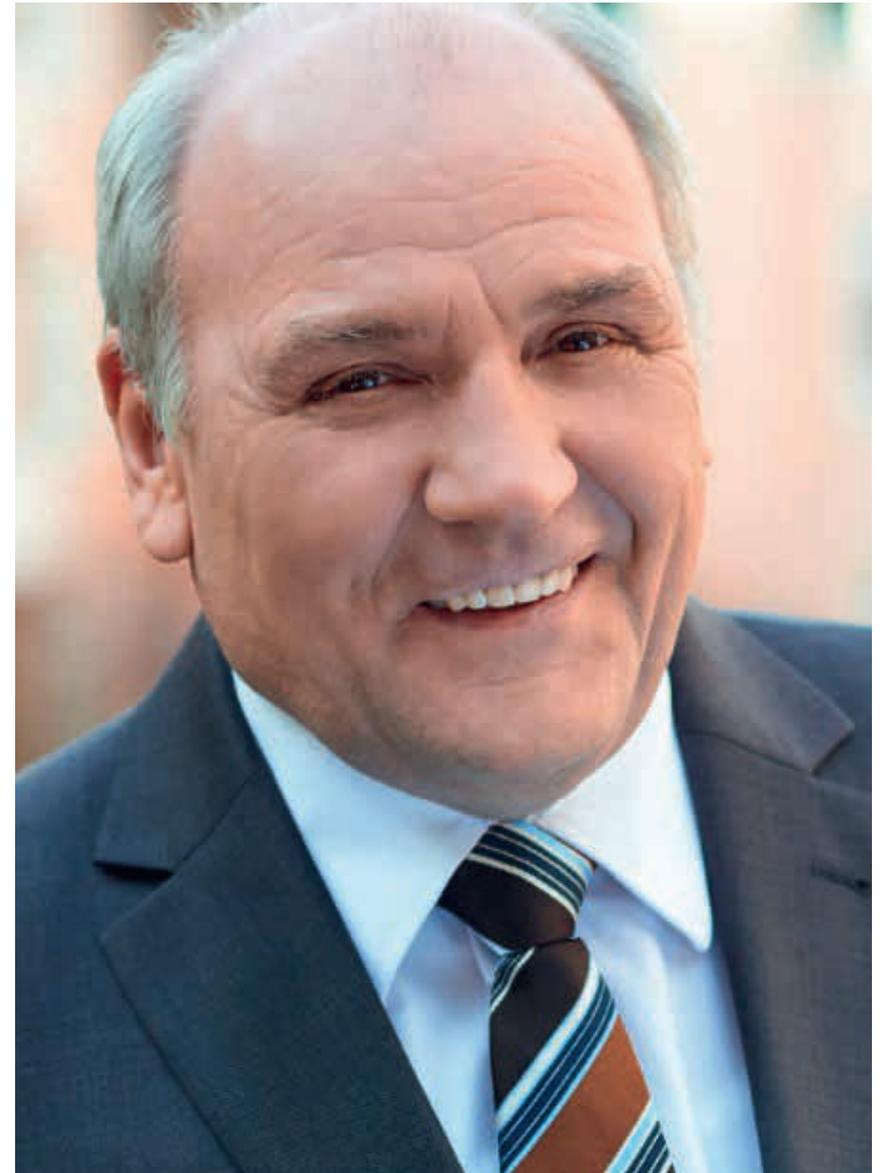
SPD-Delegation in der Hager Partnerstadt Smolensk 2011. Von links: Peter Saitsew (Vorsitzender Städtepartnerschaftsverein der Stadt Smolensk), Timo Schisanowski (Vorsitzender Sportausschuss, SPD), Mark Krippner (SPD-Fraktionsvorsitzender), Elena Gesetnikowa (Stellv. Tourismusleiterin Stadt Smolensk), Claus Rudel (stv. SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender), Grigory Moiseenkow (Schulamtsleiter der Stadt Smolensk), Eduard Sajentschkoski (Sportamtsleiter Region Smolensk), Alexander Lyssakow (Sportamtsleiter der Stadt Smolensk), Dietmar Thieser (Oberbürgermeister a. D., SPD), Alexander Botschkarew (Bürgermeister der Stadt Smolensk), Hans-Werner Wischnewski (Geschäftsführer Stadtsportbund Hagen), Oleg Krolikov (Verwaltungsmitarbeiter für internationale Beziehungen der Stadt Smolensk).



SPD-Delegation im Jahr 2013 zu Gast in der Hohenlimburger Partnerstadt Bruck an der Mur mit den Gastgebern Bürgermeister Bernd Rosenberger (3 v.l.) und seinem Stellvertreter Hans Straßegger (l.)



Festakt der SPD Hagen zum 150. Parteijubiläum der Bundes-SPD 2013. Von links: Claus Rudel (stv. SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender), René Röspel MdB, Lothar Wrede (Alt-Oberbürgermeister), Timo Schisanowski (Parteivorsitzender) Nesrin Öcal (Juso-Vorsitzende), Dr. Jürgen Brand (Alt-UB-Vorsitzender), SPD-Urgestein Erika Korzer, Wilfried Kramps (ehem. Landtagsabgeordneter und UB-Vorsitzender), Carina Gödecke (NRW-Landtagspräsidentin), Dietmar Thieser (Oberbürgermeister a.D.), Mark Kripper (SPD-Fraktionsvorsitzender) Hubertus Kramer MdL, Bernd Faulenbach, Werner König (Alt-UB-Vorsitzender).



Horst Wisotzki: Oberbürgermeisterkandidat bei der Kommunalwahl 2014.



Kommunal- und Europawahlkampf 2014 mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in der Hagerer City mit (v.l.) den beiden Landtagsabgeordneten Hubertus Kramer und Wolfgang Jörg, Europaparlamentshuckepackkandidatin Nesrin Öcal, Fraktionsvorsitzender Mark Krippner, Europaparlamentskandidatin Birgit Sippel, Oberbürgermeisterkandidat Horst Wisotzki und Parteivorsitzender Timo Schisanowski.



Auch im 150.-Jubiläumsjahr »SPD in Hagen« schreitet die Partei Seit an Seit mit den Gewerkschaften, hier die SPD-Delegation beim Arbeitnehmerempfang 2015 im Rathaus an der Volme.



Der aktuelle Unterbezirksvorstand der SPD Hagen seit 2014. Von links: Arzu Akbaba, Claus Rudel (stellv. Vorsitzender), René Röspel (Schatzmeister), Horst Flüshöh, Christian Mechnich, Ramona Timm-Bergs (stellv. Vorsitzende), Timo Schisanowski (Vorsitzender), Mark Krippner, Anna Knipps, Nils Szuka (Bildungsobmann), Christian Peters, Nesrin Öcal, Karla Thieser, Angelika Kulla, Jörg Meier.

Parteivorsitzende SPD Hagen 1945–2015

1946–1951 Emil Korte
1952–1958 Fritz Vorwerk
1958–1967 Karl Sporbeck
1967–1970 Gerd Schaedl
1971–1977 Reinhard Scholz
1977–1981 Hermann Schaeffler
1981–1985 Dr. Dieter Haak
1985–1989 Dietmar Thieser
1989–2001 Wilfried Kramps
2001–2005 Werner König
2005–2009 Wolfgang Jörg
2009–2012 Dr. Jürgen Brandt
seit 2012 Timo Schisanowski

Oberbürgermeister Hagen (SPD)

1946–1958 Fritz Steinhoff
1958–1963 Helmut Turck
1963–1964 Fritz Steinhoff
1964–1971 Lothar Wrede
1971–1989 Rudolf Loskand
1989 Renate Löchter
1989–1999 Dietmar Thieser
2004–2009 Peter Demnitz

Landtagsabgeordnete (SPD)

1949–1962 Fritz Steinhoff
1962–1970 Karl Sporbeck
1962–1970 Lothar Wrede
1970–1985 Karl-Heinz Nolzen
1970–1995 Dr. Dieter Haak
1985–2005 Wilfried Kramps
1995–2003 Renate Drewke
seit 2005 Wolfgang Jörg
seit 2005 Hubertus Kramer

Bundstagsabgeordnete (SPD)

1962–1968 Fritz Steinhoff
1969–1983 Lothar Wrede
1983–1994 Hans-Günter Toetemeyer
1994–1996 Dietmar Thieser
seit 1998 René Röspel

Europaabgeordnete (SPD)

1979–2004 Magdalene Hoff
2004–2009 Bernhard Rapkay
seit 2009 Birgit Sippel

Mitglieder des Unterbezirksvorstandes

Vorsitzender



Timo Schisanowski

Stellv. Vorsitzende



Claus Rudel



Ramona Timm-Bergs

Schatzmeister



René Röspel MdB



Arzu Akbaba



Karin Alius



Muamer Anelija



Horst Flühöh



Anna Knipps



Mark Krippner



Angelika Kulla



Christian Mechnich



Jörg Meier



Nesrin Öcal



Christian Peters



Karla Thieser

Vorsitzende der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften

Ortsverein Altenhagen

Vorsitzender: Muamer Andelija

Ortsverein Berchum

Vorsitzender: Stefan Krippner

Ortsverein Boele-Kabel-Garenfeld

Vorsitzender: Andreas Schumann

Ortsverein Boelerheide

Vorsitzender: Günter Mosch

Ortsverein Eilpe-Delstern-Selbecke

Vorsitzende: Anja Engelhardt

Ortsverein Emst-Bissingheim

Vorsitzender: Jörg Meier

Ortsverein Eppenhause-Halden

Vorsitzender: Christian Peters

Ortsverein Remberg-Fleyerviertel

Vorsitzender: Klaus Bärmann

Ortsverein Haspe-Nord

Vorsitzender: Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach

Ortsverein Haspe-Süd

Vorsitzender: Timo Schisanowski

Ortsverein Hilfe-Fley

Vorsitzende: Angelika Kulla

Ortsverein Hohenlimburg

Vorsitzender: Mark Krippner

Ortsverein Kuhlerkamp

Vorsitzender: Christian Mechnich

Ortsverein Mittelstadt/Oberhagen

Vorsitzende: Birgit Buchholz

Ortsverein Vorhalle/Eckesey

Vorsitzender: Martin Stange

Ortsverein Wehringhausen

Vorsitzender: Claus Rudel

Ortsverein Westerbauer

Vorsitzender: Günter Stricker

Vorsitzende und Ansprechpartner der Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft 60 Plus

Vorsitzende: Margit Opit

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Vorsitzender: Claus Rudel

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Vorsitzende: Birgit Buchholz

Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen in der SPD

Vorsitzende: Nesrin Öcal

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen

Vorsitzender: Rolf Adler

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Vorsitzender: Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach

Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt

Vorsitzender: Hasan Kavili

Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv

Ansprechpartner: Jens Altenhain

Mitglieder der Ratsfraktion

Vorsitzender



Mark Krippner

Bürgermeister



Horst Wisotzki

Stellv. Vorsitzende



Nesrin Öcal



Claus Rudel



Werner König



Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach



Muamer Anelija



Peter Arnusch



Anja Engelhardt



Andreas Kroll



Angelika Kulla



Jörg Meier



Christian Mechnich



Kevin Niedergriese



Dennis Schrötter



Sven Söhnchen



Martin Stange



Günter Stricker



Dietmar Thieser



Ramona Timm-Bergs

Mitglieder der Bezirksvertretungen

Bezirksvertretung Eilpe-Dahl

Michael Dahme, Bezirksbürgermeister

Eckhard Jobst, Fraktionsvorsitzender

Karl-Heinz Hemmer

Christian Robert Schulz

Bezirksvertretung Haspe

Dietmar Thieser, Bezirksbürgermeister

Peter Mervelskemper, Fraktionsvorsitzender

Frank Bradenbrink

Rita Huvers

Rebecca Kurt

Frank Müller

Bezirksvertretung Hohenlimburg

Mark Krippner, stellvertretender Bezirksbürgermeister

Peter Arnusch, Fraktionsvorsitzender

Muhammed Akkaya

Stefan Krippner

Sharine Schneider

Bezirksvertretung Mitte

Arno Lohmann, Bezirksbürgermeister

Klaus-Dieter Wetzel, Fraktionsvorsitzender

Arzu Akbaba

Giutzel Ali Oglu

Birgit Buchholz

Christian Peters

Bezirksvertretung Nord

Andreas Schumann, stellvertretender Bezirksbürgermeister

Günter Mosch, Fraktionsvorsitzender

Tim Lux, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Peter Timm

Sven Söhnchen

Auswahlbibliographie 150 Jahre SPD Hagen

(weiterführende Literatur ohne Quellen)

- BECKER, JOCHEN: 140 Jahre SPD in Hagen – Höhen und Tiefen. In: *Hagener Heimatkalender 2005*. Beiträge zur Kultur, Literatur, Geschichte und Entwicklung aus Hagen und der Region Wecker. 46. Jahrgang. Hagen 2004, S. 62–71.
- BECKER, JOCHEN: *Dreizehn Rückblicke*. Bundestagswahlen seit 1949 in Hagen. Hagen 1998.
- BECKER, JOCHEN; Kniese, Horst (Hrsg.) *Erste Bürger*. Hagen 1996.
- BECKER, JOCHEN; JOBST, ECKHARD: *Die erste Hagener Kommunalwahl nach dem Zweiten Weltkrieg*. Hagen 1996.
- BLANK, RALF; MARRA, STEPHANIE; SOLLBACH; GERHARD E.: *Hagen. Geschichte einer Großstadt und ihrer Region*. Essen 2008.
- BRANDT, PETER; DETLEF LEHNERT: »Mehr Demokratie wagen.« *Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010*. Berlin 2012.
- DISCHEREIT, ESTER: Rosi Frölich. Ein Leben für den Sozialismus. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Februar 1988, S. 157–162.
- FAULENBACH, BERND: *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 2012.
- FAULENBACH, BERND; GOCH, STEFAN; HÖGL, GÜNTHER; RUDOLPH, KARSTEN (Hrsg.): *Sozialdemokratie im Wandel. Der Bezirk Westliches Westfalen 1893–2001*. Essen 2001.
- FRANKE, FERDI; HEID, LUDGER (Hrsg.): *Wilhelm Hasenclever. Erlebtes. Erinnerungen. 1857–1871*. Arnsberg 1987.
- FUNCKE, LISELOTTE (Hrsg.): *265 Jahre Bürgermeister der Stadt Hagen*. Hagen 2011.
- GEITZ, UWE; SCHLEDORN, UWE: »Der Freiheit eine Gasse« *Kleine Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung. Zum 120jährigen Jubiläum der sozialdemokratischen Partei in Hagen*. Hagen 1985.
- Hagener Geschichtsverein (Hrsg.): »Sie starben, damit wir leben.« Der Kapp-Putsch 1920 und das Märzgefallenendenkmal in Hagen. (Hagener Geschichtshefte Bd. 3) Hagen 1997.
- HAHN, HANS-WERNER: *Die industrielle Revolution in Deutschland*. München 2005.
- KEINEMANN, FRIEDRICH: *Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident*. Umriss einer politischen Biographie und ein Interview mit Minister Werner Figgen. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Hagen 1975.
- KNIESE, HORST: *Das Hagener Wunder. 50 Jahre Frieden*. Schwelm 1995.
- KNIESE, HORST: Selbmademan der Politik – Fritz Steinhoff, Beispiel für die Emanzipation eines Standes. In: *Hagener Heimatkalender 1965*. Beiträge zur Literatur, Kultur und Geschichte in Hagen und Umgebung. Hagen 1965, S. 31–32.
- KNIESE, HORST: Hagens neuer Oberbürgermeister. In: *Hagener Heimatkalender 1965*. Beiträge zur Literatur, Kultur und Geschichte in Hagen und Umgebung. Hagen 1965, S. 33–34.
- LAMBERS, HANNO: Der Kapp-Putsch und die »Rote Armee«. In: *Hagener Heimatkalender 1971*. Beiträge zur Literatur, Kultur und Geschichte in Hagen und Umgebung. Hagen 1971, S. 68–86.
- LAMBERS, HANNO: *Die Revolutionszeit in Hagen. Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe*. Regionalanalyse der politischen Ereignisse, des Parteienverhaltens und der Wahlen in der Revolutionsperiode. (Hagener Beiträge zur Geschichte und Landeskunde. Heft. 5) Hagen 1963.
- POTTHOFF, HEINRICH; MILLER, SUSANNE: *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–2002*. Berlin 2002 (achte Aufl.).
- REMMERT, OTTO: Der »rote« Hasenclever. Ein vergessener Parlamentarier unserer Heimat. In: *Hagener Heimatkalender 1961*. Hagen 1961, S. 193–197.
- SCHUMANN, KERSTIN: *Was war los in Hagen. 1950–2000*. Erfurt 2001.
- SPD Bezirk Westliches Westfalen: *Neuer Aufbruch zu alten Ufern? Über die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bezirks Westliches Westfalen nach 1945*. Dortmund 1992.
- SPD Deutschland (Hrsg.): *Sozialdemokratie in Deutschland. 1863–1991*. Bilddokumentation zur Geschichte der SPD. Bonn 1992.
- SPD Hagen (Hrsg.): *125 Jahre Hagen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung*. Hagen 1990.
- SPD Hagen (Hrsg.): *Die Überprüfung der Kommunalwahl in Hagen – Fakten und Hintergründe*. Hagen 1990.

SPD Hagen (Hrsg.): *70 Jahre Kapp-Putsch*. Ein Beitrag zur Geschichte des Märzgefallenenedenkmals auf dem Hagener Rembergfriedhof. Hagen 1990.

SPD Hagen (Hrsg.): *50 Jahre danach – Verbot der SPD 1933*. Berichte, Dokumente, Zeugenaussagen. Hagen 1983.

SPD Hagen (Hrsg.): *Keine halben Sachen*. Hagen. SPD-Information zur Kommunalwahl am 9. November 1969.

Stadt Hagen: *Hagener Statistik*. Ergebnisse der Kommunalwahlen 1979. Hagen 1979.

Stadt Hagen (Hrsg.): *Kommunale Neuordnung*. Raum Hagen. Hagen 1969.

Stadt Hagen (Hrsg.): *Rathausneubau Hagen*. Hagen 1965.

Stöcker, Rainer: »*Seid einig!*« *Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung Band II: 1924–1933*. Essen 1985.

Stöcker, Rainer: »*Noch bleibt uns der volle Tag zu ersiegen.*« *Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung Band I: 1848–1923*. Essen 1984.

TIMM, WILLY: *Hagener Chronik*. Über 400 Daten zur Geschichte der Stadt Hagen. (Hagener Hefte. Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen und Grafschaft Mark. Heft 9) Hagen 1979.

TUSCHHOFF, JÖRG: Magdalene Hoff – Hagens große Europäerin. In: *Hagener Heimatkalender 2005*. Beiträge zur Kultur, Literatur, Geschichte und Entwicklung aus Hagen und der Region Wecker. 46. Jahrgang. Hagen 2004, S. 37–41.

ZOLPER, ANDREAS: »*Die Aufregung steigt von Stunde zu Stunde.*« *Die Revolution 1848/49 in Hagen und Hohenlimburg*. Begleitband Ausstellung im Museum Schloss Hohenlimburg. (Hagener Stadtgeschichten Bd. 8) Hagen 1999.